

Das wird in der Tat dazu führen, dass wir möglicherweise an der einen oder anderen Stelle ein bisschen zielgerichteter sortieren und uns fragen müssen: Wem nützt die Therapie nichts mehr? Wo muss man ein schlichtes Sicherheitsbedürfnis befriedigen? Bei wem müssen wir stärker als bisher in die Behandlung gehen? Bei wem ist Therapie erforderlich? - Es kann sein, dass wir hier längerfristig das eine oder andere ändern müssen.

Ganz wichtig ist mir in dem Zusammenhang, dass die so genannten weichen Faktoren, auf die einige Vorredner eingegangen sind, wie beispielsweise die Haftvermeidung, der Täter-Opfer-Ausgleich, die ehrenamtliche Straffälligenhilfe oder die Förderung gemeinnütziger Arbeit nicht völlig untergehen. Ich weiß, wie schwierig es ist, diese Positionen jedes Jahr gegenüber dem Finanzminister zu verteidigen. Sie müssen aber sein, und mit den jetzigen Ansätzen werden wir das Mögliche leisten. Dass wir gerne mehr hätten, ist die eine Sache. Dass wir nicht mehr bekommen, ist die zweite.

Zentrale Aufgabe für die allernächste Zukunft - und insbesondere die Beiträge der Kollegen Körfges und Haußmann haben das in aller Breite deutlich gemacht - ist die Reform des Betreuungswesens. Ich sage ausdrücklich "Betreuungswesen" und nicht "Betreuungsrecht".

Das ist ein zentraler Punkt, weil es weniger um Juristerei geht, sondern weil wir vielmehr ein System finden müssen, und zwar sehr schnell bundesweit, das dafür sorgt, dass die Entscheidung darüber, ob Betreuung überhaupt erforderlich ist, präziser als bisher getroffen wird und dass die Betreuung, wenn sie denn erforderlich ist, anders als bisher finanziert wird. Das muss möglicherweise nicht im Bereich der Justiz sein.

Ich will am Schluss darauf eingehen, was wir bundespolitisch in den nächsten zwei Jahren vor der Brust haben werden. Es geht darum, auch einmal klare Kante zu fahren und Kurs zu halten bei den Reformen, die begonnen worden sind. Das ist die Schuldrechtsmodernisierung. Es ist die Reform des Prozessrechtes. Da muss man dazu stehen, dass Dinge angeschoben worden sind, die man sich erst anschauen muss. Das gilt übrigens auch für den Teil, den wir landesweit gemacht haben, nämlich die obligatorische Streit-schlichtung.

Es kann sein, dass wir längerfristig betrachtet das eine oder andere nachjustieren müssen. Aber ein Rein und Raus in die Kartoffeln schadet allen Beteiligten und insbesondere den Rechtsbetroffe-

nen. Deshalb müssen wir es zunächst einmal so durchziehen, wie es beschlossen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Dann kann man darüber reden, was man ändert.

Ein letzter Punkt: Wir werden gemeinsam mit dem Bund - und da wird die neue Bundesjustizministerin meiner Einschätzung nach eine verlässliche Partnerin sein - die Reform des Sanktionensystems und die Teiländerung beim Sexualstrafrecht angehen. Populistische Schnellschüsse nach dem Motto „Schließt sie alle weg, und macht aus allem ein Verbrechen!“ werden nicht der Weg sein, den man gehen kann. Man wird vielmehr differenzierte Lösungen finden und sehen müssen, dass wir uns mit der Wirklichkeit beschäftigen und nicht mit Phantombildern, nur um die Stamm-tischhoheit zu haben. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 04 liegen nicht vor.

Ich lasse daher abstimmen, und zwar über den **Einzelplan 04** entsprechend der **Beschlussempfehlung in Drucksache 13/3304**. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen so **beschlossen**. - Ich bedanke mich.

Ich rufe **Nummer 5** auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

Dieser Einzelplan 14 enthält die Teilbereiche a) Städtebau und Wohnen, b) Kultur und c) Sport.

Ich weise auf die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschuss in **Drucksache 13/3314** hin.

Ich eröffne die Beratung zum Teilbereich

a) Städtebau und Wohnen

und erteile Herrn Schulte für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Schulte. - Die übrigen Kollegen bitte ich, etwas leiser zu sein. Vielen Dank.

Bernd Schulte (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die über dem Teilbereich Städtebau und Wohnen stehende Frage ist für uns die: Was bringt dieser Haushalt für die Zukunft junger Menschen und Familien,

(Unruhe - Glocke)

die auf die Wohnungsmärkte drängen? Was bringt dieser Haushalt für Aufträge und Beschäftigung in der Bauwirtschaft? Was bringt er gegen die Probleme der Stadtfucht und gegen die soziale Entmischung in den problembelasteten Stadtteilen?

Wenn man diese Frage untersucht, so stellt man Folgendes fest: Das sich derzeit in der Verbändeanhörung befindende Wohnungsbauprogramm der Landesregierung für das Jahr 2003 beinhaltet mit einem Finanzvolumen

(Fortgesetzt Unruhe - Glocke)

von rund 800 Millionen € wiederum den Bau von 13.500 Wohnungseinheiten in den verschiedensten Wohnformen.

Man stellt aber fest, dass sich das Land weiterhin aus der Landesfinanzierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zurückzieht und die Finanzierung dieses Programms weitgehend aus der Substanz erfolgt. Das ist ein Sachverhalt, der nicht unbedingt und absolut kritisiert werden muss, aber dennoch im Verhältnis zu anderen Bereichen eine deutliche Ungleichheit an den Tag bringt.

Wenn das Landeswohnungsbauvermögen im Haushalt keine Ergänzung durch frisches Geld erfährt, warum fördert die Landesregierung dann weiterhin den Grundstücksfonds Ruhr mit einem ganz erheblichen Teil an frischem Geld aus dem Haushalt? Es sei darauf verwiesen: Im Jahre 2003 ist wiederum eine Zuführung an den Grundstücksfonds in Höhe von 31,5 Millionen € vorgesehen. Davon sind 15 Millionen € aus dem Landeshaushalt; nur der Rest resultiert aus Veräußerungserlösen. Und das ist zu wenig. Wenn der frühere Finanzminister und heutige Ministerpräsident schon dafür ist, die Fördersysteme auf den Prüfstand zu stellen und diese zu evaluieren, was er für den Wohnungsbau schon des Öfteren gefordert hat, so muss selbstverständlich aus Gründen der Gleichbehandlung dann auch einmal der Grundstücksfonds Ruhr auf den Prüfstand.

(Zustimmung von Bernhard Schemmer [CDU])

Es muss geprüft werden, ob und inwieweit hier noch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen

dem, was man hinein gibt, und dem, was herauskommt, besteht.

(Zustimmung von Thomas Kufen [CDU])

Des Weiteren muss man feststellen, dass die Wohnungsbauprogramme der vergangenen Jahre im Wesentlichen deshalb funktionierten, weil auf der Grundlage von Eigenheimzulage und degressiver Abschreibung im Mietwohnungsbau eine gute Grundlage und gute Rahmenbedingungen für private und öffentliche Investoren bestanden. Nunmehr stellen wir fest, dass im Zusammenhang mit Eigenheimzulage und degressiver Abschreibung in Verbindung mit Vermögensteuer und mit einer neuen Umsatzsteuer bei der Veräußerung von nicht selbst genutztem Wohneigentum sowie auch im Zusammenhang mit der Erbschaftsteuer in Berlin mit Hilfe und Unterstützung aus Nordrhein-Westfalen eine toxische Mischung zusammengebraut wird, die für die Wohnungsmärkte in den nächsten Jahren verheerende Folgen haben und die Investitionstätigkeit weitgehend zum Erliegen bringen wird.

Ich weise darauf hin, dass nach einer Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung – RWI -, mit dem Bau von 10.000 Ein- und Zweifamilienhäusern ein Bauvolumen von 1,65 Milliarden € verbunden ist. Mit diesem Bauvolumen werden 44.000 Arbeitsplätze im Bauhauptgewerbe geschaffen und gesichert. Die öffentliche Hand profitiert nach Abzug der Aufwendungen für die Eigenheimförderung letztendlich durch Mehreinnahmen in Höhe von 800 Millionen € durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes nimmt an, dass durch die jetzt vorgesehene Streichung der Eigenheimzulage jährlich 50.000 Eigenheime weniger gebaut werden. Sollte das eintreten, entstünde bei den staatlichen Einnahmen ein Verlust in Höhe von 4 Milliarden €, und das würde 220.000 Arbeitsplätze im Bauhauptgewerbe weiterhin ernsthaft gefährden. Das ist eine Situation, die dramatisch ist.

Dieser Situation muss in Nordrhein-Westfalen gegengesteuert werden, weil wir nicht weiter hinnehmen können, dass junge Familie mit einer Perspektive für die Städte nicht in der Lage sind, in den Städten Eigentum zu schaffen. Wir müssen für diese Familien Anreize schaffen, in den Städten zu bleiben. Das bedarf einer Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Städten und nicht einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine ganz entscheidende Maßnahme, die in Nordrhein-Westfalen bisher durch das Landeswohnungsbauprogramm nicht berücksichtigt ist, in Zukunft aber Berücksichtigung finden muss.

Wir müssen weiterhin durch Nachbesserungen im Wohnungsbauprogramm dafür sorgen, dass Altbaubestände in den Kernstädten nicht weiter zu Problemzentren der sozialen Entmischung werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion um die Ausgleichszahlung im Fehlbelegungsrecht zu sehen. Übertragen auf die SPD-Fraktion kann man derzeit sagen: Und sie bewegt sich doch!

Wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass es ein Positionspapier in der SPD-Fraktion dieses Hauses gibt, datiert vom 4. Oktober, in dem im Zusammenhang mit dem Fehlbelegungsrecht ein Vorschlag unterbreitet wird, die Fehlbelegungsabgabe - Ausgleichszahlungen - nur noch dann zu erheben, wenn die Einkommensgrenzen in einer Höhe von 60 % überschritten werden. Das ist nicht völlig deckungsgleich mit unseren Vorstellungen, aber wir bieten Ihnen für diesen Vorschlag unsere Kooperation an und sind bereit, das mit Ihnen gemeinsam zu beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Der Fehler im Moment ist nur der, dass dieses Positionspapier Ihrer Fraktion vom 4. Oktober mit dem Koalitionspartner nicht abgestimmt und wohl auch nicht abstimmungsfähig ist. Aber lassen Sie dieses Bedenken außen vor. Lassen Sie uns das gemeinsam machen, dann kommen wir mit dem Fehlbelegungsrecht und den damit verbundenen Problemen der sozialen Entmischung ein gewaltiges Stück weiter.

Ein weiteres Highlight dieses Haushaltes in diesem Jahr für 2003 stellt der Bereich des Wohngeldes dar. Das Wohngeld nimmt in Nordrhein-Westfalen eine exorbitante Entwicklung, die letztlich auf die schlechten Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft zurückzuführen sind.

Der Bauminister

(Minister Dr. Michael Vesper: Hier!)

- bei der Arbeit - hat in der letzten Sitzung des Ausschusses das getan, was ein Bauminister sicherlich auch können muss: Er hat auf Nachfragen der Opposition zunächst gemauert

(Heiterkeit)

und war zunächst nicht bereit darzustellen, welcher überplanmäßige Bedarf beim Wohngeld im Jahre 2002 entsteht. Wir wussten lediglich: Für

das Jahr 2003 muss über den angemeldeten Bedarf eine Mehrbewilligung von 150 Millionen € brutto erfolgen. Wir haben dann nach mehrmaligem Nachfragen erfahren, dass es in 2002 brutto 100 Millionen sind. Und auch im Haushalts- und Finanzausschuss konnten die Nachfragen, ob diese Mehrausgabe von 100 Millionen € im Jahre 2002 eines Nachtragshaushaltes bedürfe, nicht hinreichend beantwortet werden.

Wir stellen des Weiteren bei Betrachtung dieses Haushalts fest, dass die Ausgaben für das Stadterneuerungsprogramm drastisch zusammengestrichen werden.

Die zweckgebundenen Zuweisungen für Stadterneuerung im Rahmen des Steuerverbundes werden um insgesamt 47,3 Millionen € auf 132,3 Millionen € gekürzt. Angesichts der siebenfachen Überzeichnung des Programms wird sich dementsprechend im nächsten Jahr eine Verschärfung der Zuweisungssituation gegenüber den Kommunen ergeben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Des Weiteren haben wir im Haushalt eine nach wie vor ungeklärte Luftbuchung auf der Einnahmeseite in Höhe von 100 Millionen € festgestellt: Eine weitere Abschlagszahlung der Landesbeteiligungsgesellschaft auf die Veräußerung bzw. Übertragung der LEG-Anteile. Es ist nach wie vor unklar, wie das Verhältnis Land/Landesbeteiligungsgesellschaft/Landesbank im Verhältnis zur LEG dargestellt werden soll. Wir werden das in den nächsten Wochen und Monaten im Ausschuss deutlich hinterfragen, weil eine entsprechende Einnahmeposition im Haushalt vorgeesehen ist, kurzfristig aber wohl nicht realisierbar sein wird.

Des Weiteren ist festzustellen, dass die beabsichtigte Zusammenlegung von ILS - Landesinstitut für Landes- und Stadtentwicklungsplanung - und Institut für Bauwesen nur halbherzig vollzogen wird und die notwendigen und erzielbaren Synergieeffekte auf die lange Bank geschoben werden.

Zusammenfassend kann man die Stimmung auf dem Bausektor in einer kurzen Episode zusammenfassen, die ich Ihnen nicht vorenthalten will. Der Kanzler der Bundesrepublik spricht auf einem Baukongress und sagt: Wenn ich nicht Kanzler wäre, würde ich auch gern Häuser bauen. Daraufhin sagt ein Architekt: Wenn Sie nicht Kanzler wären, könnte ich auch Häuser bauen. Das ist die Situation im Lande. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kramps.

Wilfried Kramps (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich das, was die Oppositionsfraktionen in diesen zwei Tagen zum Besten gegeben haben, zusammenfassen sollte, lautete das so: Steuern und Abgaben runter, Ausgaben für Lehrer, Polizei, Justiz rauf! Das ist so, wie ich in den 60er-Jahren einmal auf Wahlplakaten lesen konnte. Da lautete es damals etwa: "Mieten runter, Löhne rauf - DKP". Das hat damals den Bürgerinnen und Bürgern nicht geholfen, und heute hilft das auch nicht. Ich denke, wir müssen uns dem Problemfeld etwas näher widmen.

Ich stelle fest: Es gilt für 2002/2003 das, was wir allesamt in den letzten Tagen erlebt haben und auch noch weiter erleben werden: Angesagt ist Jammern auf ganz hohem Niveau. Herr Schulte hat sich nahtlos in dieses Jammern einbezogen. Ich denke, der Minister wird auf viele Punkte, vor allem darauf, was auf Bundesebene zu leisten ist und was dort zurzeit in der Mache ist, eingehen, sodass ich das hier nicht zu machen brauche.

Herr Schulte hat aber - und das will ich vorab noch sagen - die Fehlbelegerabgabe angesprochen. Er hat unser Papier vom 4. Oktober hoch gelobt und seine konstruktive Mitwirkung angeboten. Wir nehmen das ernst, aber ich denke, wir werden in dem Abstimmungsprozess mit unserem Koalitionspartner auch eine Runde haben. Vielleicht schaffen wir es sogar, eine Mittelposition zu finden, die für alle Mieterinnen und Mieter in unserem Lande erfolgreich sein wird.

Selbstverständlich sind auf den Politikfeldern Stadtentwicklung und Wohnen in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr keine großen Sprünge zu machen. Die angespannte Haushaltslage des Landes erlaubt dies einfach nicht. Doch das über Jahrzehnte angesparte Landeswohnungsvermögen ermöglicht es trotz allgemein rückläufiger öffentlicher Mittel, auch weiterhin bedarfsgerecht zu fördern. Daher können wir im kommenden Jahr das Volumen des Wohnungsbauprogramms der Vorjahre - etwa 13.500 Wohnungen - beibehalten. Hierdurch erhalten Investoren und Bauwirtschaft Planungssicherheit und mittelfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen.

Immerhin umfasst die für 2003 geplante Wohnungsbauförderung weit über 107 Millionen € Bundesmittel und über 85 Millionen € Landesmittel. Das Landeswohnungsvermögen ermöglicht es uns somit, auch im kommenden Jahr ers-

tens den sozialen Versorgungsauftrag gegenüber einkommensschwachen Haushalten zu sichern, zweitens Wohneigentum für junge Familien in den Städten zu fördern und, Herr Schulte, hierdurch der Stadtfucht zumindest ein wenig entgegenzuwirken, drittens den Wohnungsbestand qualitativ aufzuwerten und viertens neue Qualitäten im Rahmen des experimentellen Wohnungsbaus zu erproben.

Die enormen öffentlichen Anstrengungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass sich die Lage am Wohnungsmarkt in unserem Lande in weiten Teilen deutlich entspannt hat. Auch die Zahl der bei den Wohnungsämtern registrierten Wohnungssuchenden befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Sorgen bereitet uns jedoch der starke Anstieg der Wohnnebenkosten, die dafür verantwortlich sind, dass die gesamten Wohnkosten trotz der allgemeinen Entspannung steigend sind.

Der allgemein entspannte Wohnungsmarkt ist jedoch differenziert zu betrachten. Denn die Unterschiede zwischen den einzelnen Wohnungsmarkregionen haben erheblich zugenommen. Während in einigen Städten inzwischen Wohnungsüberangebote zu verzeichnen sind - das zeigen entsprechende Leerstände dort -, gibt es andernorts, insbesondere an der Rheinschiene, eine stark angespannte Situation, insbesondere im unteren Preissegment.

Außerdem haben bestimmte Bevölkerungsgruppen nach wie vor Zugangsprobleme zu unserem Wohnungsmarkt. Das sind vor allem Haushalte mit Migrationshintergrund, kinderreiche Familien, von Dauerarbeitslosigkeit und Überschuldung betroffene Haushalte, Menschen mit psychosozialen Problemen und Alleinerziehende. Deren Versorgungsmöglichkeiten mit Wohnraum haben sich nicht generell verbessert. Daher muss der soziale Wohnungsbau auch künftig noch wertvolle Aufgaben erfüllen.

Meine Damen und Herren, für diese Zielgruppen wollen wir nicht allein durch den Neubau von Wohnungen, sondern vor allem auch durch eine gezielte Bestandspolitik, z. B. durch den Ankauf von Sozialbindungen, aktiv werden. Hier geht es um bauliche Verbesserungen und wohnungswirtschaftliche Umstrukturierungen im Wohnungsbestand, den wir nachfragegerecht aufwerten möchten. Die Förderung der baulich und wohnungswirtschaftlich erforderlichen Umstrukturierungsmaßnahmen im Bestand wird an Mietpreis- und Belegungsangebote gekoppelt.

Wer aber glaubt, Bestandspolitik für die Städte schließe geförderte qualitative Eigentumsmaßnahmen in den finanziell und strukturell stark gebeutelten Zentren weitgehend aus, wird sicherlich auf den Widerstand der SPD-Fraktion treffen. Herr Minister, hier werden wir im Ausschuss wohl noch - ich denke, wir setzen auf Ihre persönliche Integrationskraft - einen vernünftigen Weg finden. Ich denke, wir werden daran noch gemeinsam arbeiten. Das ist das, was Herr Schulte eben angesprochen hat. Soweit sind die Positionen nicht auseinander, sodass wir sicherlich Lösungen finden werden.

Meine Damen und Herren, im Bereich des experimentellen Wohnungsbaus geht es insbesondere um die Förderung von Vorbereitung, Betreuung, Begleitung und Auswertung innovativer Projekte. Hierzu zählen vor allem die Entwicklung neuer Trägermodelle, insbesondere die Wohnungsgenossenschaften und vor dem Hintergrund weitreichende Privatisierung im Wohnungsbestand.

Bei der Gründung von Bewohnergenossenschaften mit dem Ziel, aus Mietern Eigentümer zu machen, haben wir alle den Stein des Weisen noch nicht gefunden. Klar ist aber, dass wir ein großes finanzielles Engagement der heutigen Mieter für einen solchen Schritt benötigen. Die komplizierten Fragestellungen im Zusammenhang mit der Privatisierung von Wohnungsbeständen haben den Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen einheitlich dazu veranlasst, dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung einen entsprechenden Forschungsauftrag zu geben. Daher erstaunt es mich sehr, dass im Rahmen der diesjährigen Haushaltsplanberatung die CDU- und FDP-Fraktionen beantragen, das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und gleichzeitig auch das Landesinstitut für Bauwesen gänzlich aufzulösen. Beides - Auftragsvergabe an ILS und Auflösung des ILS - passen einfach nicht zusammen.

Die Koalitionsfraktionen haben hingegen bei den Haushaltsplanberatungen die Landesregierung beauftragt, beide Institute zusammenzulegen. Wir erwarten hiervon Synergieeffekte, die der Arbeit beider Institute wiederum zugute kommen sollen. Nur so, denken wir, wird ein vernünftiger Schuh daraus.

Weitere Schwerpunkte im Bereich des experimentellen Wohnungsbaus sind die Konzeptentwicklungen für die Umstrukturierung von Großsiedlungen und insbesondere der Siedlungen der 50er-Jahre. Hier sehen wir große Chancen, neue Wohnformen zu realisieren, z. B. im Bereich des betreuten Wohnens, die dem differenzierten Be-

darf auf dem Wohnungsmarkt und der demografischen Entwicklung der Bevölkerung entgegenkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: In der Stadtentwicklungspolitik konzentrieren wir uns auf

1. die Stärkung von Innenstädten und Nebenzentren,
2. die Förderung von Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf,
3. die Förderung von Bahnhöfen und Bahnhofsumfeldern und
4. die Förderung der regionalen Kultur- und Naturräume Nordrhein-Westfalens.

Trotz knapper öffentlicher Mittel wird das Städtebauprogramm auf hohem Niveau fortgeführt. Diese Investitionen haben eine erhebliche Bündelungs- und Anstoßwirkung für weitere private und öffentliche Investitionen und damit einhergehend eine hohe Bedeutung auch für den Arbeitsmarkt. Die für 2003 geplanten Stadtentwicklungsmittel betragen über 28 Millionen € im Einzelplan 14 und weit über 132 Millionen € im GFG - wir meinen, immer noch sehr beachtlich.

Meine Damen und Herren, unser herausragendes Instrument im Städtebau ist der Grundstücksfonds. Seine Aufgabe ist die Wiedernutzbarmachung betrieblich nicht mehr erforderlicher industrieller Standorte. Ihre Aufbereitung wird aus Verkaufserlösen der im Haushalt bereitgestellten Aufgabe "Ermächtigung und Fördermittel aus der Wirtschaft und der Stadterneuerung" finanziert. Wir meinen, das ist auch gut so.

Abschließend möchte ich für den Bereich der Stadtentwicklung noch das Programm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf - die soziale Stadt" besonders ansprechen. Der von den Koalitionsfraktionen in diesem Jahr vorgelegte Antrag zu diesem Programm wurde mit Zustimmung aller im Landtag vertretenen Fraktionen angenommen. Ich freue mich über diese breite Zustimmung und vor allem darüber, dass auch im kommenden Jahr dieses erfolgreiche und effektive Programm auf hohem Niveau fortgesetzt werden kann. - Ich bedanke mich für die doch geteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kramps. - Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Herr Brendel.

Karl Peter Brendel (FDP): Herr Kollege Kramps, ich weiß nicht, warum Sie von geteilter Aufmerk-

samkeit sprechen. Wir haben sogar die Sachen verstanden, die Sie gedacht haben, aber gar nicht sagen wollten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen weiß ich nicht, wie noch größere Aufmerksamkeit möglich gewesen wäre. Sie haben auch sonst in der Einleitung zutreffende Sätze gesagt. Wir sind uns sicherlich darin einig, dass wir in diesem Jahr mit diesem Haushalt unter den gegebenen Rahmenbedingungen auch im Bereich des Städtebaus keine großen Sprünge machen können. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die wir nicht immer wiederholen müssen. Wenn wir auf diese Situation als Opposition dann hinweisen, kommt allerdings aus Ihren Reihen immer der Vorwurf, wir sollten nicht so übertrieben schwarz malen, wenn wir die Realität dann beschreiben. Gut, das nehmen wir so hin.

Dann haben Sie einen Punkt angesprochen, an dem angeblich die Argumentation der Oppositionsfractionen nicht in Ordnung sei, nämlich die Frage der Auflösung oder der Zusammenlegung der Institute. Das Argument, dass wir zuvor Aufträge an dieses Institut erteilt haben und dann die Auflösung wollen, ist wirklich ein schwaches. Selbstverständlich nutzen wir auch als Opposition vorhandene Einrichtungen des Landes, wenn es darum geht, zu neuen Erkenntnissen zu kommen.

Es geht nicht darum, dass wir diesen Instituten und den dort arbeitenden Menschen die Qualifikation absprechen wollen. Wir wollen auch an deren wissenschaftlicher Arbeit keine Kritik äußern. Es geht einfach darum, ob wir uns solche Institute unter den derzeitigen Rahmenbedingungen im Sinne "keine großen Sprünge machen" wirklich noch leisten können. Da sind wir zu dem Ergebnis gekommen, es wäre konsequent, diese Institute aufzulösen und bei Bedarf Einrichtungen der Universitäten und andere vorhandene Einrichtungen der Wissenschaft zu nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Diesem Vorschlag wollten Sie nicht folgen.

Sie haben sich dann dazu durchgerungen, die Institute zusammenzulegen und auf diese Weise Synergieeffekte zu nutzen. Dies ist eindeutig ein Schritt in die richtige Richtung; das wollen wir gar nicht in Abrede stellen. Es geht nach unserer Auffassung aber nicht weit genug.

Zu den konkreten Punkten, die uns hier beschäftigen: Wir haben den großen und wichtigen Teil der Städtebauförderung. Auch da muss man einfach sagen: Es gibt Aussagen des Ministers, die richtig

und zutreffend sind. Die soll man hier auch nennen:

"Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Stadtentwicklung und Städtebauförderung ergibt sich aus der hohen Bündelungs- und Anstoßwirkung der Investitionen. Bei einem Multiplikator von acht löst die geplante Investition von rund 201 Millionen €"

- das ist ein alter Text -

"ein Gesamtvolumen von fast 1,6 Millionen € aus."

(Minister Dr. Michael Vesper: Milliarden!)

- Herr Minister, ich lese nur Ihren Text vor, und da steht "Millionen". Aber wenn Sie sagen, Ihr Text sei falsch und Sie hätten gerne Milliarden- mit den Nullen hab ich es eh nicht so -, dann können wir das so machen.

(Minister Dr. Michael Vesper: Zeigen Sie mir den Text gleich mal!)

Ich wollte auch zu den kleineren Zahlen kommen; die habe ich nämlich mehr im Griff. Da steht: 1 Million €, 13 Arbeitsplätze. - Wollen Sie auch das bestreiten, oder kann ich die Zahl nehmen?

(Minister Dr. Michael Vesper: Nein! Ich habe nur multipliziert! - Heiterkeit)

- Ich gebe Ihnen gleich meinen Zettel. Das Rechnen kriege ich jetzt hier am Pult sowieso nicht hin.

Sie sprechen also von 1 Million € und 13 Arbeitsplätzen. Wenn wir eine Nettoerduzierung - Aussage Ihres Hauses im Ausschuss - von 10 Millionen machen, haben wir 130 Arbeitsplätze natürlich nicht gesichert, sondern gefährdet. Darüber sind wir uns dann einig. Den Zettel gebe ich Ihnen später, sonst laufe ich hier so hin und her. Das ist in Ordnung.

Wegen der Bedeutung der Mittel für den Städtebau waren wir im Ausschuss der Meinung - und sind es auch jetzt noch -, dass wir die knappen Ressourcen hier einsetzen müssen, weil wir hier im Sinne von Wirtschaftsförderung und der Sicherung von Arbeitsplätzen am meisten erreichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Wir haben hier noch einmal die Bedeutung des Grundstücksfonds dargestellt. Dazu kann man bekanntlich unterschiedlicher Auffassung sein. Der Minister führte dazu aus - in der Hoffnung, dass ich es diesmal richtig ablese -:

"Bisher konnte rund die Hälfte der angekauften Flächen nach meist umfangreichen Herrichtungsmaßnahmen vermarktet werden."

Dazu sage ich: 50 % der Fläche sind immer noch im Fonds und werden nach meiner Auffassung auch im Fonds bleiben. Deswegen funktioniert das angedachte revolvierende System nicht.

Die Oppositionsfraktionen haben in der Enquete-kommission "Zukunft der Städte" die Überlegung angestellt, die Effektivität dieses Grundstücksfonds untersuchen zu lassen, um zu sehen, ob man dieses System verbessern kann. Diesen Vorstellungen konnte sich die Regierungskoalition nicht anschließen. Deswegen werden wir auf dieser Bühne diese Untersuchung nicht bekommen. Da der Kollege Dr. Rommelspacher bereits Notizen dazu macht, will ich einräumen, dass es bei der Betrachtungsweise, ob es an der richtigen Stelle war, durchaus Konsens geben könnte. Aber wir hätten es eben auch einmal auf diese Weise untersuchen lassen können. Aber das war Ihnen ganz offensichtlich so peinlich, dass Sie das nicht wollten. In Ordnung!

(Beifall bei FDP und CDU)

Zum Bereich - auch aus Ihren Ausführungen, Herr Minister - "Wohnungseigentum stärken": Eigentum ist eine der beliebtesten Wohnformen. - Diesen Obersatz kann ich durchaus teilen. Allerdings sieht auch hier die Realität völlig anders aus. Heute melden die Landesbausparkassen von einer Konferenz in Berlin, dass der Wohnungsbau in ganz Deutschland auf ein Rekordtief abgefallen ist. Dies ist eine Entwicklung, die angesichts der Bedeutung des Wohnungsbaus Besorgnis erregend ist.

Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass sich der gesamte Bereich des Baugewerbes nach unserer Überzeugung derzeit in einer wirklich problematischen Situation befindet, dass wir dort Entwicklungen haben, die weit über das hinausgehen, was man noch als Gesundschumpungsprozess nach einem Wiedervereinigungsboom bezeichnen könnte. Wir sind der Auffassung, dass wir in diesem Bereich strukturelle Probleme und eine Besorgnis erregende Entwicklung haben und dass wir hier auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung des Bausektors und der Bereiche, die sich im unmittelbaren Umfeld dieser wirtschaftlichen Tätigkeit befinden, Entwicklungen haben, denen wir gegensteuern müssen.

Dieses Gegensteuern kommt allerdings ganz sicher nicht aus dem Politikfeld, das der Kollege Kramps schon angesprochen hat, nämlich aus

Berlin. Das, Herr Kollege Kramps, was in Berlin in der Wohnungsbauförderung und in der Wirtschaftsförderung im Baubereich zurzeit gemacht wird, kann man nun wirklich nicht mehr als planungssicher bezeichnen. Das, was da in allen Bereichen abläuft - sei es bei der Eigenheimzulage, sei es bei den degressiven Abschreibungen und der steuerlichen Behandlung, sei es bei der Wertzuwachssteuer, bei der Vermögensteuer und was da jeden Tag neu verkündet wird -, das ist nun wirklich nichts, wozu man sagen kann: Hier entsteht Planungssicherheit für die am Geschäft Beteiligten, für die an den Entscheidungen Beteiligten. Mit diesem Hin und Her - ich glaube, sozialdemokratisch heißt das "Kakophonie" - verursachen Sie eine Verunsicherung der Märkte. Sie beeinflussen Entscheidungen bei privaten Investitionen in unverantwortlicher Weise. Das ist nicht das, was wir uns vorstellen, nämlich verlässliche Rahmendaten zu fordern, damit Investitionen jeder Art weiter gesteigert werden können.

Wir haben in den Beratungen dieses Haushaltes verschiedene Punkte regelmäßig angesprochen. Zur Umstellung der Wohnungsbauförderung haben wir bereits im letzten Jahr längere Ausführungen gemacht, als es dieses Mal der Fall war. Ich denke, Sie können das Protokoll ohne Probleme nachlesen. Es hat sich im Grunde nichts geändert. Wir könnten das jetzt hier wiederholen. Das möchte ich aber nicht tun. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass ein weiteres Abwarten nicht möglich sein wird. Hier werden Entscheidungen dringend erforderlich sein.

Der Kollege Schulte hat Denkprozesse in der SPD-Fraktion bereits angesprochen. Ich begrüße es ausdrücklich, wenn jemand denkt. Ich habe auch den Eindruck, dass die Denkrichtung durchaus richtig ist. Ob das in der praktischen Umsetzung dazu führen wird, dass wir in absehbarer Zeit - also in den nächsten zehn Jahren oder so - zu einem gescheiterten Ergebnis kommen, bleibt abzuwarten. Sehr viel Hoffnung habe ich zugegebenermaßen nicht.

Meine Fraktion hat deutlich gemacht, welches Ziel sie verfolgt. Es ist überhaupt keine Frage, dass die in dem genannten SPD-Papier enthaltenen Ansätze dahinter weit zurückbleiben. Aber wenn sich die SPD-Fraktion in diese Richtung bewegt, werden wir auf diesem Wege soweit wie irgend möglich behilflich sein, denn auch ein kleiner Schritt nach vorn ist besser als gar kein Schritt in die richtige Richtung. -Herzlichen Dank.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Brendel. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Rommelspacher.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist eine Banalität, dass der Etat auch im Bereich Städtebauförderung, Bauen und Wohnen dem Diktat der knappen Kassen folgen muss; man muss dies trotzdem erwähnen. Die Mittel, die wir für die Entwicklung unserer Städte aufwenden können, werden im Jahre 2003 - die globale Minderausgabe einmal ganz außen vor gelassen - auf 179 Millionen € absinken. Das ist auf den ersten Blick sicherlich ein ganz schöner Batzen, aber wenn wir einen Vergleich über die gesamte Legislaturperiode anstellen, dann müssen wir feststellen, dass die Mittel seit dem Beginn um 17 % gesunken sind.

Das ist problematisch; es wäre noch erheblich problematischer, wenn Rot-Grün im Bund den Städten nicht mit von Jahr zu Jahr steigenden Beiträgen beispringen würde. Im nächsten Jahr werden immerhin fast 35 Millionen € aus diesem Etat aus Bundeskassen fließen. Mit dieser Hilfe sind wir einigermaßen handlungsfähig. Die Decke ist sehr knapp geworden. Man muss sehr genau überlegen, was man fördert; man muss strecken und das eine oder andere auch absagen können, aber wir werden den Aufgaben, die sich uns in Bezug auf unsere Städte stellen, einigermaßen gerecht.

Das möchte ich an drei großen Themenfeldern knapp erläutern:

Erstens. Wir haben eine wachsende Zahl urbaner Problemgebiete, in denen sich Dauerarbeitslosigkeit, Armutsrisiken, ethnische Probleme, Verfall der Infrastruktur und der Wohnsubstanz gegenseitig zu einer ziemlich brisanten Mischung hochschaukeln. Der Kollege Strohmeier von der Universität Bochum schätzt, dass es landesweit etwa 150 solcher Quartiere gibt. 30 davon bearbeiten wir mit sehr großem Erfolg. Über unseren revolutionierenden Ansatz sind wir in der Lage, im Laufe der Zeit die Wirkungen auszuweiten. Das Programm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf", das jetzt einer Evaluierung unterzogen wird, leistet das mit sehr großem Erfolg.

Zweitens. Hierzu wollte ich Herrn Kollegen Schulte, der offenbar leider nicht mehr da ist, ansprechen: Wir sind dabei, mit großem Elan unsere Städte umzubauen, sie kinder-, familien- und jugendfreundlich zu gestalten, uns aber auch lang-

sam auf das Altern der Gesellschaft vorzubereiten. Wir sind auf diesem Gebiet also sehr engagiert. Ich weiß nicht, woraus Sie den Vorwurf ableiten, wir würden mit unserem Städtebausetat nicht an Kinder, nicht an Familien, aber auch nicht an alte Leute denken. Das ist schlichtweg falsch. Wir tun da sehr, sehr viel.

Drittens. Ein weiteres bedeutendes Handlungsfeld sind last but not least unsere großen städtischen Zentren und unsere Metropolen, die wir für die weltweite Konkurrenz der Regionen fit machen. All das machen wir mit sehr, sehr knappen Mitteln. Gefragt sind hierbei natürlich im Wesentlichen die Kommunen, aber sie können das alles nicht ohne Hilfe des Landes tun. Wir stellen sicher, dass die Kommunen sich wie bisher auf unsere Hilfe verlassen können.

Meine Damen, meine Herren, die 179 Millionen €, die wir dafür einsetzen, sind keine milde Gabe. Ihre Verwendung liegt im wohlverstandenen Interesse des Landes; wir brauchen sie sehr dringend. Nordrhein-Westfalen ist bekanntlich das Land der großen Städte und Ballungsräume. Über 60 % unserer Menschen leben in großen Städten oder Ballungsräumen. Wenn die nicht funktionieren bzw. prosperieren, dann geht es dem ganzen Land schlecht.

Im Interesse des Landes liegen aber auch die neuen Aktivitäten, die das Bild des Wohnungsbaus ab 2003 stärker prägen werden. Der Umbau der innerstädtischen Wohnungsbestände, den wir schon erfolgreich in Angriff genommen haben und die attraktivere Gestaltung des Umfeldes gehören dazu. All das ist dem Kollegen Schulte und der CDU offensichtlich gänzlich unbekannt. Hierzu zählt ebenso der vom Kollegen Kramps bereits erwähnte Einstieg in den Umbau der Siedlungen der 50er-Jahre. Damit weiten wir das Angebot an preisgünstigen innerstädtischen Wohnungen aus, gerade für junge Familien und ähnliche Gruppen. Wir bieten gleichzeitig mehr Wohnkomfort und mehr Kinderfreundlichkeit und sind dadurch durchaus in der Lage, den Trend der Abwanderung aus den Städten zu bremsen. Nebenbei hilft dieser Betrag auch der Bauwirtschaft im Lande; darauf werde ich gleich noch zu sprechen kommen.

Die Fehlbelegungsabgabe, die in diesem Zusammenhang von der CDU immer wieder angesprochen wird - übrigens fälschlicherweise -, ist breit akzeptiert. Dank empirischer Erhebungen, die die CDU offensichtlich überhaupt nicht jucken, wissen wir inzwischen, dass der Wohnungswechsel in "fehlbelegten", d. h. mit dieser Abgabe belegten Wohnungen, um die Hälfte niedriger ist als im

Durchschnittsbestand. Die Fehlbelegungsabgabe wird also akzeptiert. Sie führt nicht zur sozialen Erosion. Sie ist aber eine durchaus wichtige Finanzquelle. Immerhin ungefähr 45 Millionen € werden im nächsten Jahr aus dieser Abgabe in das Wohnungsbauvermögen fließen; sie werden damit die wichtigste Barzuwendung für diesen wichtigen Fonds darstellen.

Wir werden in diesem Feld außerordentlich handlungsfähig bleiben. Das ist durchaus der Weisheit unserer Altvordenen zu danken, die dieses Vermögen installiert haben. Wir werden es gegen Zugriffe, wie sie auch im Prozess der Aufstellung dieses Haushaltes für 2003 versucht worden sind, fraktionsübergreifend verteidigen. Dieses Geld und eine auch da sehr substantielle Bundeshilfe - Rot-Grün gibt etwa 42 Millionen € in diesen Bereich hinein - geben uns die Möglichkeit, in diesen doch sehr schwierigen Zeiten immerhin die stolze Summe von 975 Millionen € für die Mietwohnungsbauauf Förderung, die Eigentumsförderung und die Modernisierung bereitzustellen. Das sind gerade mal 4 Millionen € weniger als im letzten Jahr. Wir werden auch in den künftigen Jahren in ähnlicher Höhe weiter fördern können.

Berücksichtigt man darüber hinaus noch, dass auch von den Städtebaufördermitteln in Höhe von etwa 180 Millionen € ein großer Teil baurelevant verausgabt wird, dann kann man durchaus sagen: Nahezu 1 Milliarde € aus dem Bereich Bauen, Wohnen und Städtebau fließen in Projekte, die auch der Bauwirtschaft in Nordrhein-Westfalen nutzen. Wer angesichts dessen behauptet, wir ließen die Bauwirtschaft im Regen stehen, der weiß entweder nicht, wovon er redet, oder er redet bewusst falsch.

(Minister Dr. Michael Vesper: Oder beides!)

- Oder beides!

Wir halten Kurs, stützen die Bauwirtschaft und nutzen unseren Städten, unseren Mietern und den Menschen, die in den Städten leben. Das undifferenzierte Geschimpfe auf das Land, das in den letzten Wochen immer schriller aus der Ecke der Lobbyisten kommt, muss ich zurückweisen.

Tatsächlich haben wir eine Krise der Neubaufertigung; Herr Kollege Brendel hat darauf verwiesen. Wer sich einigermaßen regelmäßig informiert, weiß aber, dass das Investitionsvolumen nahezu gleich geblieben ist. Wir haben - das ist eine dramatische Entwicklung - eine vollkommene Umkehrung. Noch vor sechs, sieben Jahren lag der Anteil der Neubauiinvestitionen bei 70 %, der Anteil der Investitionen in die Altbestände bei

30 %; heute fließen 80 % in die Altbestände, 20 % in den Neubau.

In einem Land, in dem die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen wird, in einem Land, wo wir ganz sicher wissen, dass 80 % der Gebäudebestände des Jahres 2020 schon heute stehen, ist das im Prinzip keine schlechte Entwicklung. Es ist eine Krise für bestimmte Teile der Bauwirtschaft, aber insgesamt nutzt das dem Land genauso wie die Grundentscheidung im Bereich der Wohnungsbauauf Förderung und Eigentumsförderung, die die rot-grüne Koalition in Berlin getroffen hat. Sie lenkt die Investitionen stärker in die Bestände und stützt dadurch unsere Städte.

Es ist ein schwieriger Etat, aber einer, mit dem Nordrhein-Westfalen durchaus in der Lage ist, die Herausforderungen der nächsten Jahre zu schultern. Ich denke, man kann diesem Etat inhaltlich voll zustimmen. - Danke.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Rommelspacher. - Für die Landesregierung spricht Minister Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Brendel hat eben etwas Wahres gesagt. Dabei meine ich übrigens nicht seine Rechenoperationen; das haben wir mittlerweile geklärt.

(Karl Peter Brendel [FDP]: Das haben wir geklärt!)

Da hatte ich doch Recht. Aber er hat in einem anderen Punkt etwas Wahres gesagt, dass wir nämlich im Moment keine großen Sprünge machen können. Das ist so, und das verschweigen wir auch nicht. Man muss dann aber auch so ehrlich sein und darf sich nicht an allen Punkten gegen Sparanstrengungen wehren - wir werden es im Kultur- und Sporthaushalt gleich noch einmal hören - und trotz Mindereinnahmen gleichzeitig Mehrausgaben fordern, wie das die Opposition an diesen beiden Haushaltsberatungstagen wieder einmal versucht. Das geht nicht zusammen.

Wir können keine großen Sprünge machen, aber wir gehen unseren Weg im Bereich des Wohnungs- und Städtebaus und des Bauhaushalts mit Zuversicht weiter. Denn wir wollen auch in Zeiten der Finanzkrise politische Zeichen setzen. Wir wollen zeigen, dass man politisch gestalten kann, auch wenn man weniger Geld zur Verfügung hat, als das in früheren fetten Jahren der Fall war.

Ich will zu einigen Themen, die insbesondere von der Opposition angesprochen worden sind, Bemerkungen machen.

Zum Wohnungsbau: Das Wohnungsbauprogramm meines Hauses erweist sich in diesem Jahr einmal mehr als regelrechter Renner. Denn schon jetzt wird deutlich, dass die eingeplanten Mittel vollständig abgerufen werden. Das zeigt, dass die Wohnungsbauförderung in Nordrhein-Westfalen zu einem festen Bestandteil in den Planungen der Investoren geworden ist. Wir wollen sie darum weiterführen. Ich freue mich sehr, dass die Förderung des sozialen Wohnungsbaus auch im Haushalt 2003 ihren wichtigen und richtigen Stellenwert behalten hat. Mit rund 800 Millionen € soll das Fördervolumen etwa auf dem Niveau dieses Jahres bleiben. Mit diesem Geld wollen wir rd. 13.500 Wohneinheiten fördern, also in etwa so viele wie im Jahr 2002.

Ähnlich wie im laufenden Jahr werden wir die Gesamtzahl der zu fördernden Wohneinheiten wieder nachfragegerecht zwischen Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen aufteilen. Ich bin sehr optimistisch, dass wir mit diesen Fördermitteln trotz der schwierigen Lage auf den Wohnungsmärkten wieder zahlreiche wichtige Investitionen werden anstoßen können. Das ist vor dem Hintergrund der geänderten bundesgesetzlichen Lage umso wichtiger.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Das kann man doch im Bundestag ablehnen!)

- Herr Kollege Schemmer, das Bundesgesetz ist seit einiger Zeit in Kraft. Ende dieses Monats endet die Übergangsfrist, die der Bundesgesetzgeber eingeräumt hatte, um die Förderbestimmungen für den Wohnungsbau auf das neue Recht umzustellen. Vom 1. Januar kommenden Jahres an sind also die Förderbestimmungen endgültig dem neuen Recht angepasst; das wissen Sie auch genau. - Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir dieses Zeichen der Kontinuität mit 800 Millionen € Wohnungsbauprogramm geben können. In welchem Land der Bundesrepublik Deutschland haben Sie noch ein solches Wohnungsbauprogramm, Herr Schemmer? Nirgendwo, nur hier in Nordrhein-Westfalen.

Ich will zum Wohngeld etwas sagen, weil Herr Schulte es angesprochen hat. Nach wie vor ist das Wohngeld der wichtigste Ausgabenblock in meinem Einzelplan. Wie kein anderes Instrument kommt das Wohngeld gezielt den Haushalten zugute, die wirklich auf Hilfe angewiesen sind. Es ist

ein Schwerpunkt der Wohnungspolitik im Landeshaushalt.

Zu Beginn des Jahres 2001 war nach über zehn Jahren endlich eine Wohngeldnovelle in Kraft getreten, deren Auswirkungen in diesem Jahr voll haushaltswirksam werden. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung haben wir im Rahmen der zweiten Ergänzungsvorlage den Wohngeldtitel auf insgesamt 1,15 Milliarden € aufgestockt.

Lassen Sie sich aber von dem hohen Ausgabevolumen für Wohngeld nicht täuschen. Nach einem Anpassungszeitraum von über zehn Jahren hat die Wohngeldanpassung zum 1. Januar 2001 immer noch keine Realwertsicherung gebracht. Ich bin deswegen froh, dass sich die Koalitionsparteien in Berlin in ihrem Koalitionsvertrag auf eine bedarfsgerechte Anpassung des Wohngelds im Laufe dieser Legislaturperiode verständigt haben.

Herr Abgeordneter Schulte, der jetzt leider nicht da sein kann, weil er eine andere Verpflichtung hat, hat die Mehrausgaben im Jahr 2002 angesprochen. Ich wäre übrigens froh, wenn er auch so generös damit umgehen würde, wenn ich einmal für fünf Minuten draußen wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN - Haha-Rufe von der CDU)

Für mich ist das aber kein Problem; ich habe dafür Verständnis. Er wird das sicherlich nachlesen.

(Zuruf von Brigitte Capune-Kitka [FDP])

- Das weiß ich, Frau Brigitte Capune-Kitka. Aber vielen Dank, dass Sie das noch einmal bestätigt haben.

Wir haben in diesem Jahr überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 50 Millionen € für Wohngeldzahlungen bewilligt. Diese unerwartet hohen Ausgaben für das Wohngeld im Haushaltsvollzug 2002 beruhen im Wesentlichen auf zwei Faktoren, nämlich zum einen auf der Wohngeldnovelle, deren Haushaltswirksamkeit im Einzelnen eben nicht genau absehbar war - das haben wir jetzt schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen -, und zum anderen beruht diese Erhöhung der Ausgaben darauf, dass sich die unerwartet schlechte Entwicklung der ökonomischen Rahmenbedingungen auch auf die Zahl der Wohngeldempfänger ausgewirkt hat, und zwar insofern, als es erheblich mehr Wohngeldempfänger gibt, als das bei den Berechnungen für diesen Haushalt im vorigen Jahr vorherzusehen war. Beide Faktoren machen leider eine solche überplanmäßige Ausgabe erforderlich.

Ich will noch etwas zur Städtebauförderung sagen, weil auch dieses Thema angesprochen worden ist: Die Städtebaumittel der Europäischen Union, des Bundes und des Landes belaufen sich insgesamt auf 185 Millionen €. Das sind fast 30 Millionen € weniger als im Jahr 2002. Auch in diesem Ansatz liegt zudem noch eine Unsicherheit, weil der Bund ja noch mitten in den Haushaltsberatungen ist und die Bundeszuweisungen deshalb noch nicht festliegen.

Ich bin sehr froh darüber, dass die Bauministerkonferenz bei ihrer Tagung vor einigen Wochen ihre Erwartungen noch einmal unterstrichen hat, dass die Städtebauförderung in den alten Ländern auf einem hohen Niveau fortzusetzen ist; denn es kann auf Dauer nicht akzeptiert werden, dass für 80 % der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile nur noch eine marginale Summe von deutlich unter 20 % im Bereich der Städtebauförderung zur Verfügung gestellt wird, während in die neuen Länder auch 13 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch deutlich über 80 % geleitet werden. Teilweise geht das Geld sogar in Projekte, die politisch gar nicht sinnvoll sind, sondern die vielmehr heute schon wieder die Probleme von morgen erzeugen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Reduzierung des Städtebauprogramms wird schmerzliche Auswirkungen haben. Das wird bedeuten, dass wir eine ganze Reihe von Maßnahmen, die wir für wichtig halten, nicht oder erst später in Angriff nehmen können. Das muss man wissen. Die Städtebauförderung ist aber das wichtigste und in den Regionen außerhalb der Ziel-2-Gebiete das einzige strukturwirksame Instrument, über das die Landesregierung verfügt. Vieles, was in der Städtebauförderung an Investitionen getätigt wird, zeigt besonders positive Aspekte. Das war ja das Rechenbeispiel, das Herr Brendel gerade vorgeführt hat. Für jeden Euro kriegt man nämlich insgesamt 8 € an privaten Investitionen, die ihm nachfolgen.

Übrigens sind die Investitionen besonders dort erfolgreich, wo sie von einem breiten bürgerschaftlichen Engagement getragen sind. Neue Formen der Bürgerbeteiligung und Bürgerberatung in der Planungs- und Durchführungsphase der Städtebauinvestitionen helfen, einen breiten Konsens zu erzielen. Das zeigte sich auch wieder an dem Workshop-Verfahren zum olympischen Dorf in Düsseldorf.

Meine Damen und Herren, ich will noch zwei Punkte ganz kurz und abschließend ansprechen, weil mir soeben angezeigt wird, dass meine Re-

dezeit demnächst zu Ende sein wird. Zum einen geht es um den Grundstücksfonds.

Der Grundstücksfonds ist ein sehr, sehr wichtiges Instrument der Landesregierung. Damit sind ganz wichtige strukturwirksame Projekte verbunden. Ich nenne als Beispiele die Zechen Graf Bismarck und Schalker Verein in Gelsenkirchen, den Zollverein in Essen, aber auch die Henrichshütte in Hattingen oder das frühere Gelände der Firma Knorr-Bremse in Wetter-Volmarstein.

Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen, dass der Grundstücksfonds auch in Zeiten der finanziellen Konsolidierung ein wichtiges Instrumentarium für die Städtebauförderung der Landesregierung bleibt. - Herr Präsident Linssen, darf ich den letzten Punkt auch noch ansprechen?

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Sie dürfen, aber dann haben die anderen Fraktionen auch Gelegenheit, länger zu sprechen.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Ich will die Debatte nicht unnötig verlängern, aber weil dieses Thema angesprochen worden ist, will ich abschließend noch auf die Fusion des Landesinstituts für Bauwesen und des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung zu sprechen kommen.

Ich habe mich entschlossen, diese beiden Institute so schnell wie möglich - also noch zum Haushalt 2003 - zusammenzulegen,

(Bernhard Schemmer [CDU]: Ganz auflösen!)

weil dies nicht nur fachlich sinnvoll ist, sondern auch Synergieeffekte bringt. Im Haushalt 2003 werde ich 400.000 € bei den Sachtiteln einsparen, und im Personalbereich werden sieben kw-Vermerke und ein ku-Vermerk ab 2005 ausgebracht. Da wir im Übrigen unsere kw-Vermerke nicht nur ausbringen, sondern auch realisieren, kann auf diesem Weg der Haushalt tatsächlich entlastet werden.

Meine Damen und Herren, insgesamt handelt es sich um einen Haushalt, der spart, der aber dennoch Raum für politische Gestaltung bietet. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu dem Teilbereich Städtebau und Wohnen liegen mir nicht vor.

Wir kommen dann zum Teilbereich

b) Kultur

Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Blömer das Wort.

Richard Blömer (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsplanberatungen stehen in diesem Jahr im Schatten einer Diskussion, deren Ende nicht absehbar ist und die schlaglichtartig die Probleme der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen aufzeigen.

Der aktuelle Streit um die Ruhr-Triennale ist u. a. Ausdruck einer verfehlten Konzeption Ihres Hauses, Herr Minister, sowie des vormaligen Ministerpräsidenten Clement. Sie haben Nebenhaushalte für Projekte aller Art geschaffen und somit Konfusion und Führungslosigkeit organisiert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin ganz sicher: Der Revierkampf Mortier und Ciulli sowie die offenkundige Finanzkrise in der Kultur Ruhr GmbH sind erst der Anfang einer Entwicklung, die Ihnen, Herr Minister, noch schwer zu schaffen machen wird.

Die erste Euphorie über Ihr Projekt Ruhr-Triennale ist einer unendlichen Ernüchterung gewichen.

Die Mahnung des nordrhein-westfälischen Städtetages, dass sich die gesellschaftliche Verantwortung für Kunst und Kultur nicht auf die Spitzen- und Eventförderung reduzieren darf, wird Sie in den nächsten Monaten noch verfolgen. Sie werden es bereuen, geglaubt zu haben, dass man hinter so großen Fahnen so manchen und manches verstecken kann.

Sie sind nicht nur auf dem besten Weg, ein zugegebenermaßen innovatives und anspruchsvolles Konzept wie die Ruhr-Triennale vor die Wand zu fahren. Nein, Sie verspielen durch die Schwerpunktsetzung in Ihrem Haushalt auch den Rest des Vertrauens, das Ihnen bei Ihrem Amtsantritt durchaus entgegengebracht worden ist. Sie pumpen in dieses Ereignis fast genauso viel Geld, wie Sie in einem Jahr für die gesamte Kultur in Nordrhein-Westfalen ausgeben.

(Minister Dr. Michael Vesper: Das ist doch Unsinn!)

Fast 100 Millionen € kostet Ihr Leuchtturmprojekt, wenn man die Investitionen in die Veränderung und Anpassung der Bauten und die laufenden Ausgaben zusammenrechnet. Die Einsparungen von 300.000 € sind kein Beitrag zur Gerechtigkeit,

sondern reine Augenwischerei verglichen mit den anderen Positionen, die Sie kürzen.

Sehr viel dramatischer aber ist die Tatsache, dass die Ruhr-Triennale auf dem Weg ist, sich von den Kulturschaffenden und den Kultureinrichtungen an der Ruhr zu verabschieden, wie die aktuelle Diskussion über das Opernprojekt "King Arthur" eindrucksvoll belegt.

Es sind aber nicht nur künstlerische Kriterien, die dieser Entscheidung zugrunde lagen. Es ist vielmehr der Liebesentzug für die Kultur durch den neuen Ministerpräsidenten, dem Sie leider in Ihrer Eigenschaft als Kulturminister nichts mehr entgegensetzen haben. Machen wir uns nichts vor: Herr Steinbrück verabschiedet sich von allen Projekten, die von Herrn Clement auf den Weg gebracht worden sind. Das scheint die neue Politik der Landesregierung zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, auch an der Ruhr - aber nicht nur dort - werden Sie Ihrer Rolle als Gralhüter des Denkmalschutzes nicht mehr gerecht. Die Spielstätten in den ehemaligen Industrieanlagen werden doch ohnehin bis zur Unkenntlichkeit verändert. Damit bin ich wieder bei Ihnen als obersten Denkmalschützer. Nicht ohne Grund steht in der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 22. November 2002:

"In anderen Industriestädten lässt er (Vesper) ausgedienten Industrieräumen - so der Gebläsehalle im ehemaligen Hüttenwerk Meiderich oder der Jahrhunderthalle in Bochum - millionenteure Luxussanierungen angedeihen, die ihre historische Funktion wegschminken und sie in 'modernste Theater' verwandeln."

Im gleichen Artikel wird schließlich gefordert:

"Was die Denkmalpflege, wenn die Mittel dafür schon gekürzt werden, braucht, wären arbeitspolitische Maßnahmen: Allein im Rahmen der Bestandssicherung eröffnen sich Beschäftigungsfelder, wo Transferleistungen aus der Arbeitslosenhilfe umgesetzt werden können. Die Denkmalschutzgesetze aber sind immer nur so gut, wie der zuständige Minister sie handhabt."

Sie können uns nicht täuschen: Sie erhöhen zwar die Zuschüsse für Investitionen um 699.000 €, räumen dafür aber im GFG gefährlich ab. Die Denkmalpflege wird dort um 4,6 Millionen € gekürzt.

Ein weiterer Tiefstand der Kulturpolitik Ihres Hauses wird durch die Misshandlung der regionalen Kulturförderung erreicht. Waren im Jahr 1996

noch 6,8 Millionen € eingeplant, sind für dieses Jahr nur noch 5,17 Millionen € vorgesehen. Für das kommende Jahr konnte zwar im Ausschuss das Schlimmste vermieden werden. Dennoch bleiben nur 3,64 Millionen € für das einstige Hätschelkind grüner Politik unter dem damaligen Ministerpräsidenten Rau.

Ich gebe Ihnen einen gut gemeinten Rat:

(Minister Dr. Michael Vesper: Das glaube ich nicht!)

Kehren Sie zu Ihren Wurzeln zurück. Der kulturpolitische Dialog mit den Grünen war vor vielen Jahren interessant und zeigte gerade in der geforderten Gleichberechtigung von Spitzen- und Breitenkultur auch eine gemeinsame Linie zwischen Ihnen und uns auf. Ich habe diesen Dialog immer gerne geführt. Ihre radikale Abweichung von diesen Grundsätzen, die Sie in Ihrer Partei ja maßgeblich mitbestimmt haben, ist befremdlich und drückt sich natürlich auch in dem Kulturhaushalt des kommenden Jahres aus. Die Richtung stimmt in wichtigen Bereichen nicht mehr. Deshalb werden wir Ihrem Haushalt unsere Zustimmung verweigern. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Blömer. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Böcker.

Manfred Böcker (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe es geahnt, dass die CDU ein Zerrbild der nordrhein-westfälischen Kulturpolitik darlegen würde.

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Aber ich muss Ihnen sagen: Dieses hat mit der Wirklichkeit relativ wenig zu tun. Verwundern tut mich überhaupt nicht, dass Sie, Herr Blömer, Ihr Lieblingsthema in den Mittelpunkt Ihrer Haushaltsrede gestellt haben, nämlich die Triennale. Eigentlich hätten Sie auch sagen müssen, dass Sie immer dagegen waren.

Längst bevor inhaltlich bekannt war, was Triennale ist und was Triennale bewirken soll, hatte die CDU aus vollen Rohren gegen diese Absicht der Landesregierung geschossen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Was ich bedauere - das möchte ich deutlich sagen -, ist der ständige Versuch - das erlebten wir über die gesamte Planungsphase bis in die erste Spielzeit dieses Jahres hinein -, die Basis-, die

Breiten-, die Laienkultur, wie immer man das bezeichnen mag, gegen die Eventkultur oder gegen hochkarätige Kultur im Ruhrgebiet auszuspielen.

Dazu, was Sie von der inhaltlichen Seite her anführen, muss ich Ihnen sagen: Ich kann dem Minister nur sehr raten, sich nicht in die inhaltlichen Fragen einzumischen. Ich hoffe, er wird das nicht tun. Gleichwohl haben das Parlament und die Landesregierung gemeinsam eine finanzielle Verantwortung für die Ausgaben, die dort getätigt werden. Wir werden sehen, was möglich und was nicht möglich ist. Wer das unter Einmischung oder Einflussnahme der Landesregierung versteht, sieht das falsch. Es ist ihre Aufgabe, dieses zu steuern, damit wir in der nächsten Spielzeit ein vernünftiges Event hinbekommen.

Im Übrigen ist die CDU ja nicht unbeteiligt. Ich möchte nicht aufführen, wer alles in den Aufsichtsgremien des Aufsichtsrates vertreten ist und diese Beschlüsse mitgetragen hat. In dem Aufsichtsrat sind genauso SPD-Mitglieder wie CDU-Mitglieder vertreten.

Ich komme nun zum Haushalt dieses Jahres. Ich meine, es ist falsch, die Kulturpolitik nur rein fiskalisch zu betrachten. Es kann aber leider nicht übersehen werden, dass die schlechte Haushaltslage des Landes und der Kommunen auch bei den Kulturansätzen spürbar werden.

Dies war auch im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung ablesbar. Ich bin deshalb sehr froh, dass es trotzdem gelungen ist, einige dieser Kürzungsvorschläge zurückzunehmen.

Ich möchte Sie hier nicht lange mit Zahlen behelligen. Ich will nur die Bereiche der Kulturförderung benennen, in denen wir eine Aufstockung gemeinsam mit unserem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen erreichen konnten. Das sind die Bereiche Musikpflege und Musikerziehung, die Filmförderung, die Auslandsstipendien für Künstlerinnen und Künstler, die Förderung literarischer Zwecke, die allgemeine Kulturförderung und der internationale Kulturaustausch, die Förderung Kunst und Kultur der Frauen. Der größte Anhebungsposten liegt im Bereich der regionalen Kulturförderung.

Was uns schmerzt - das gebe ich unumwunden zu -, ist die Tatsache, dass es nicht gelungen ist, die Kürzungen bei den Bibliotheken zurückzunehmen, so wie wir das gemeinsam im letzten Jahr geschafft haben. In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auch meinen Unmut darüber äußern, dass die im GFG vorgesehene Kürzung bei den Landestheatern um 5,1 % eine kaum ver-

kraftbare Kürzung ist, deren negative Folgen noch nicht absehbar sind.

Ich bin der Auffassung, dass gerade für die Landestheater eine besondere Fürsorgepflicht des Landes besteht, dass sie einen vom Land gegebenen kulturpolitischen Auftrag erfüllen, nämlich hinauszugehen, um in der Fläche zu spielen. Bei nur 50%igem Landesanteil an der Landestheaterfinanzierung hat jede Kürzung verheerende Folgen.

Ich gehe aber davon aus, Herr Minister, dass es uns im parlamentarischen Verfahren zwischen der zweiten und dritten Lesung noch gelingen wird, die beabsichtigte Kürzung zurückzunehmen.

Ansonsten - das sage ich mit allem Ernst - wird sich in der Tat die Frage stellen, ob unter solchen Voraussetzungen noch vier Landestheater in Zukunft gehalten werden können.

(Beifall bei der FDP)

Gerade im Kulturbetrieb brauchen wir eine verlässliche Finanzierung und Planungssicherheit. Ich weiß, wie schwierig das gerade im Bereich der Kulturförderung bei den vielen Mischfinanzierungsformen, die wir haben, sein wird. Aber, wir werden dieser Diskussion auf Dauer nicht ausweichen können.

Solange die Haushaltslage schlecht ist, muss es in der Kulturpolitik vorrangig darum gehen, bestehende Einrichtungen zu sichern, Vielfalt und Niveau zu halten und auch die kulturelle Breitenarbeit im Bereich der Laienkultur nicht aus dem Auge zu verlieren.

Ich darf daran erinnern, dass es viele Jahre eines politischen Kampfes bedurfte, um die Laienmusik überhaupt in die Kulturförderung analog der Sportförderung mit auf zu nehmen. Die rund 1,8 Millionen € aus der Oddset-Wette sind gut angelegtes Geld. Es motiviert Tausende von Menschen, die auf diesem Gebiet ehrenamtlich für unser Land tätig sind.

Jeder Euro, der an Steuergeldern für die Kultur ausgegeben wird, vervierfacht bis verfünffacht sich und macht auch deshalb ökonomisch Sinn. Dies belegt allenthalben der Kulturwirtschaftsbericht des Landes immer wieder sehr deutlich.

Dabei ist es für mich kein Widerspruch, auch herausragende Kulturereignisse wie nämlich, wie ich anfangs ausgeführt habe, die Triennale mit erheblichen Mitteln zu fördern, ganz abgesehen davon, dass auch städtebaulich eine ganze Menge in diesen ehemaligen Industriedenkmalen passiert. Es macht wirklich keinen Sinn, ständig diesen

Gegensatz Triennale und Breitenkulturarbeit aufzubauen.

Ich komme noch einmal auf die Laienmusik zurück: Es muss unsere Aufgabe sein, die aus Oddset-Mitteln segensreiche Förderung dieser Breitenarbeit auch für die nächsten Jahre sicherzustellen. Darüber werden wir im nächsten Jahr dann zu reden haben. Wir müssen versuchen, dass wir diese Mittel wieder auf den Stand des Jahres 2002 anheben können.

Ich möchte nur daran erinnern, dass neben dem Sport dieser Bereich die mitgliederstärkste Organisation ist, in der sich viele Menschen ehrenamtlich engagieren. Hier wird auf der kommunalen Ebene vielfältige Kulturarbeit geleistet, von der nämlich das ganze Land profitiert.

Auch wenn in einigen Bereichen der Kulturarbeit z. B. bei Theatern und Orchestern einige düstere Wolken aufziehen könnten, so können wir doch in einer Zeit besonders schwieriger Bedingungen von einer erfolgreichen nordrhein-westfälischen Kulturpolitik sprechen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch dem Minister und seinem Haus für die gute Zusammenarbeit danken.

Erwähnen möchte ich aber auch - abgesehen von gelegentlichem politischen Schlagabtausch und unterschiedlichen Meinungen in der Sache - das gute atmosphärische Klima im Kulturausschuss. Die SPD-Fraktion wird auch in Zukunft ihre sachorientierte Arbeit in diesem Sinne fortsetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Böcker. - Für die FDP spricht jetzt Frau Capune-Kitka.

Brigitte Capune-Kitka (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich haben wir eine gute Atmosphäre im Kulturausschuss. Es geht uns ja um ein Ziel, nämlich die Kultur in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Das heißt aber doch nicht, dass wir mit allem einverstanden sind, was die Regierungskoalition auf diesem Gebiet macht.

Insofern hätte ich heute keine Rede vorbereiten müssen, denn wir haben das alles schon in den letzten zwei Jahren gesagt. Ich erinnere mich gut, wie wir immer wieder vor der Ruhr-Triennale und den finanziellen Gewaltakten, die dafür getätigt werden mussten, gewarnt haben.

Kommen wir kurz zurück: Was haben wir nicht alles schon zur Bibliothekenförderung, zu den

Denkmalschutzmaßnahmen, zur Theater- und Orchesterförderung, zum Sanierungsstau in den Kulturstätten unseres Landes, zu den Filmbüros, den Kultursekretariaten und zu der desolaten Lage der kommunalen Haushalte gesagt? Wir haben uns über die Aufgaben der Stiftungen unterhalten, uns mit der Entflechtung des Förderdschungels beschäftigt und Anträge gestellt.

Herr Keymis, mich hat noch nicht einmal mehr Ihre Aussage gewundert, als Sie sich wieder in der Presse damit gebrüstet haben, 800.000 € mehr für die regionale Kulturförderung erkämpft zu haben, ohne so ehrlich zu sein und zu sagen, dass es noch eine globale Minderausgabe gibt und dass Sie noch gar nicht wissen, wie das Geld verteilt wird. Das ist verlogen. Aber es wundert mich nicht mehr.

(Beifall bei der FDP)

Abgesehen davon, dass die Mittel vorher schon einmal von unserem Minister halbiert worden waren, was bedeutet hätte, dass wir die Büros eigentlich zumachen könnten.

Wie viel Geld bleibt denn wirklich für die Breitenkultur übrig? - Der Musikrat verfügt doch nur deshalb über Mittel, weil im letzten Jahr wie in diesem Jahr die Gelder nicht rechtzeitig ausgezahlt worden sind, um überhaupt Anträge zu bearbeiten.

Der Musikrat hat auch gesagt, er könne aufgrund dieser schleppenden Handhabung des Ministeriums im nächsten Jahr noch über die Runden kommen. Wenn dann aber nichts mehr kommt, können der Musikrat und damit die von ihm im Jahr geförderten 1.500 Projekte die Arbeit einstellen. Verschlampte Arbeit ist also ein Segen für das nächste Jahr, bietet aber auf Dauer natürlich keine Sicherheit für die Breitenkultur in diesem Land.

(Beifall bei der FDP)

Die einzige Stelle - das ist doch fantastisch -, die im Jahr 2002 keine globale Minderausgabe zu tragen hatte, war die Ruhr-Triennale. Damit bin ich bei meinem Lieblingsthema, der Kultur Ruhr GmbH. Herr Keymis, als ich im Sommer die schlechte Marketingstrategie der Ruhr-Triennale monierte, warfen Sie mir - daran erinnere ich mich noch - in der Zeitung billige Miesmacherei und kulturpolitische Ahnungslosigkeit vor. Herr Mortier sagte damals: parteipolitische Stimmungsmachelei.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Schauen Sie einmal, wer mir heute alles Recht gibt. Heute stand in der Zeitung, der KVR habe

von gravierenden Fehlern bei der Öffentlichkeitsarbeit gesprochen. Die "Süddeutsche Zeitung" kommentiert:

"Wer so etwas wagt, muss enorme Anstrengungen bei der Vermarktung unternehmen. An diesem Punkt haben die Triennale und das Land als Schöpfer und Geldgeber des Festivals schlechte Arbeit geleistet."

Vielleicht hätte man schon eher auf uns hören sollen. Wir haben schon im Frühjahr Entsprechendes angemahnt, als wir unterwegs waren und mit Herrn Mortier gesprochen haben. Im Frühjahr haben wir gefragt, warum es keine Pauschalangebote inklusive Anreise per Bahn und einem Hotelpaket gebe. - Heute sagt Herr Landmann, so etwas sei für das nächste Jahr geplant.

(Minister Dr. Michael Vesper: Haben Sie eine einzige Veranstaltung gesehen, Frau Capu-ne-Kitka?)

- Lieber Herr Minister, ich weiß, dass Sie so viele Karten verkauft haben, dass von 28.000 Karten 8.000 verschenkt werden mussten. Auf dieses Thema komme ich gleich noch zu sprechen.

(Minister Dr. Michael Vesper: Das stimmt nicht!)

- Diese Zahlen stehen in der Zeitung und wurden von Ihrem Herrn Landmann recherchiert.

Herr Mortier sagte zunächst, das Festival sei toll, das Publikum ziehe richtig mit, aller Anfang sei aber schwer. In Münster hat er dann - etwas kleinlauter - gesagt, vielleicht müsse man das Konzept überarbeiten. Dann hat er sich - das nehme ich ihm sehr übel, obwohl ich keine Ruhrgebietlerin bin - noch in ziemlich mieser Manier über das Publikum aus dem Ruhrgebiet geäußert; diese Worte möchte ich nicht wiederholen.

Ich habe Herrn Steinbrück direkt nach seinem Amtsantritt einen Brief geschrieben, in dem ich auf einen - inzwischen fertig gestellten - Antrag in Bezug auf eine Überarbeitung der Ruhr-Triennale hinwies. Mein Ziel ist es wirklich, eine Verbesserung des Festivals zu erreichen. Des Weiteren will ich aber auch der maßlosen Art und Weise einen Riegel vorschieben, in der hier Geld herausgeschmissen wird.

In diesem Zusammenhang kommen die Dinge auf den Tisch, die heute Morgen bei der zweiten Lesung dieses Haushaltes eine Rolle spielten. Herr Minister, Sie sprachen damals von 41 Millionen €. Im Jahre 2002 sollten 3,62 Millionen € bereitgestellt werden. In diesem Jahr sind von der Kultur GmbH aber schon 13 Millionen € ausgege-

ben worden. Das ist nahezu das Vierfache der veranschlagten Summe. Wer arbeitet eigentlich in dieser Ruhr Kultur GmbH, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung? - Es ist ein Fehler, dass wir niemanden dafür in Haftung nehmen können.

Schauen Sie einmal weiter. Statt mit 200.000 Besuchern rechnet Herr Landmann, Geschäftsführer der Kultur Ruhr GmbH, jetzt schon nur noch mit 100.000 Zuschauern im nächsten Jahr. Werden dann auch wieder ein Drittel der Karten verschenkt, damit sich das Ganze überhaupt lohnt? Wie teuer wird eine Karte des Festivals letztendlich sein, wenn ich 120.000 Besucher den 41 Millionen € plus den darüber hinaus noch ausgebenen Beträgen gegenüberstelle?

Jetzt kommt noch etwas hinzu: Jetzt streiten sich auch noch Intendanten. - Nun reicht es wirklich. Wenn ich es richtig lese, sind zarte Künstlerseelen verletzt und schon Ausreißtendenzen zu bemerken.

Sie haben Herrn Mortier bei einem Glas Rotwein und einem guten Abendessen in Salzburg überredet, dieses Festival doch zu übernehmen. Vielleicht schaffen Sie es auch mit einem Glas Rotwein, ihn davon zu überzeugen, Schaden von unserem Land abzuwenden und das Ganze einer vernünftigen Konzeption zuzuführen, die nicht auf Kosten der Kultur in diesem Lande geht.

Wir gehen im Kulturausschuss mit jeder Mark äußerst sorgsam um. Genau diese Sorgfalt erwarte ich auch im Umgang mit den Geldern, die der Kultur Ruhr GmbH zur Verfügung gestellt werden, um ein Festival aufzubauen.

Unser Antrag kommt nächste Woche und zeigt auf, was wirklich Sinn macht. Kommen Sie auf den Boden der blühenden Kulturlandschaften unseres Landes zurück. Dann werden wir auch weiter erfolgreich zusammenarbeiten können.

Dem Haushaltsentwurf können wir natürlich nicht zustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Capune-Kitka. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Keymis das Wort.

(Richard Blömer [CDU]: Jetzt wird es wieder unsachlich!)

Oliver Keymis (GRÜNE): Jetzt wird es unsachlich, ruft Herr Kollege Blömer. Er weiß ja, wovon er redet; denn er kommt aus Köln. - Die Kollegin Capune-Kitka aus Düren weiß auch, wovon sie

redet, wenn sie Verlogenheit zum Charaktermerkmal ihres Kollegen Keymis macht. - Ich finde diese Art der Auseinandersetzung wirklich müßig. Sie können die Debatte aber gerne so führen; das fällt letztlich auf Sie zurück.

Die von Ihnen angeschnittenen Probleme sind zum Teil der Presse zu entnehmen. Ich sehe diese Probleme auch. Ich glaube, jeder sieht sie im Moment. Wir müssen auf der anderen Seite aber auch berücksichtigen, dass ein solches Experiment wie die Triennale nicht automatisch von vornherein so erfolgreich laufen muss, wie man sich das vornimmt. In der Kunst steckt auch das Risiko des Scheiterns. Im Experiment steckt immer auch die Chance, dass die Dinge besser werden, wenn man sie konsequent betreibt.

Aus meiner Sicht ist die Triennale ein solcher Versuch. Sie ist dreigliedrig angelegt; deswegen heißt sie so. Wir haben ein nächstes größeres Veranstaltungsjahr vor uns. Die Zusagen, die wir gemacht haben - politisch gemeinsam im Landtag und dann im Vollzug durch die Exekutive -, werden eingehalten.

Die künstlerischen Leiter, die Geschäftsführer und alle Damen und Herren, die Verantwortung tragen, werden in den angesprochenen Organisationen mit dem Geld so umgehen müssen, wie sie es können und wie sie in der Lage sind, Kunst und Kultur dem ihnen von uns erteilten Auftrag gemäß zu organisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insofern bin ich bei der Triennale nach den ersten vorliegenden Zahlen durchaus mit ein bisschen Skepsis gewappnet. Auf der anderen Seite sehe ich eine Chance darin, dass das nächste Jahr reorganisiert wird und man auf bestimmte Dinge eingeht, die sich im ersten Ablauf als schwierig erwiesen haben. Ich könnte mir vorstellen, dass die Triennale, wenn man aus diesen jetzt in Kauf zu nehmenden Fehlern lernt, erfolgreich fortgesetzt werden kann. Darauf baue ich. Es wäre für das Land und für uns alle gut, wenn es so wäre.

Ich will noch ein paar Sätze zum Haushalt verlieren. Er ist zugegebenermaßen zu klein, und das ist das Hauptproblem für die Kultur. Ich erkläre das übrigens zum dritten Mal von dieser Stelle aus, seitdem ich dem Landtag angehöre: Wir haben zu wenig Geld für die Kultur. Es ist ein Auftrag an alle Fraktionen, sich auf diesem Feld stärker zu engagieren. Ich erinnere nur daran, dass wir als Land insgesamt rund 150 Millionen € für die Kultur politisch verwalten. Dazu kommen die Mittel, die wir an Städte und Gemeinden überweisen. Das ist natürlich keine Riesensumme.

Insofern finde ich es deshalb geradezu beachtlich, was sowohl die Abteilung im Ministerium als auch die vielen Organisationen, die von diesen Geldern mit profitieren, im Kulturbereich zustande bringen. Kollegin Capune-Kitka hat es richtig formuliert: Dies sind blühende Landschaften in Nordrhein-Westfalen. - Wenn das aber so ist, Frau Capune-Kitka, dann sind alle Ihre anderen Sprüche zwar hinnehmbar, aber nicht zutreffend. Denn es ist eben nicht so, dass die Kultur in Nordrhein-Westfalen einen Kahlschlag erfährt.

Herr Blömer, es ist auch nicht so, dass wir uns insgesamt in einer Situation befänden, die uns zu größter Trauer Anlass gäbe. Es wird - ich glaube, in dem Punkt sind wir uns auch einig - zu wenig getan, es wird zu wenig Geld ausgegeben. An manchen Stellen wird möglicherweise auch - auch darüber denkt man nach - zu ineffizient organisiert. Man kann sicher manches verbessern. Man kann Organisationen straffen. Wir haben gerade das Theaterpapier beim Bundespräsidenten zur Kenntnis genommen. Darin werden Anregungen gegeben, wie man mit den relativ engen Margen, die die Tarifgesetze und ähnliche Vereinbarungen im Moment noch bieten, in der Zukunft umgehen kann. Es wird über Rechtsformen nachgedacht. Es gibt eine ganze Menge im Kulturbereich zu organisieren. An diese Aufgabe machen wir uns sowohl auf Landesseite als auch auf allen anderen Ebenen heran. Ich glaube, dass dieses Bemühen Erfolg zeigen wird.

Bei 18 Millionen Menschen finde ich das, was wir hier an Geld für Kultur verwalten, zu wenig. Folglich tritt natürlich die Enge dann, wenn in allen Ressorts gespart werden muss, besonders zutage. Diese Situation haben wir im Moment. Wir müssen einen wirklich sehr engen Haushalt aufstellen. Sie haben auf die globalen Minderausgaben hingewiesen. Das ist für alle keine Freude. Wir haben uns darauf verständigt, dass das, was wir als Koalitionsfraktionen politisch beschlossen haben, bestmöglich auch so bleibt. Wir gehen bisher davon aus.

Ich hoffe, dass auch die Regionale Kulturpolitik diese kleine Reparatur erfährt, die wir ihr zusprechen konnten und die wir politisch beschlossen haben. Das ist ein Zeichen für die Regionale Kulturpolitik, das mir und uns wichtig ist, insbesondere der Grünen-Fraktion. Das weiß der Minister auch. Wir werden alle versuchen, an dieser Delle weiterzuarbeiten, damit sie in Zukunft noch kleiner wird, damit wir genau in die Breite des Landes hinein kulturpolitische Initiativen fördern können.

Ich will noch ein Wort zu den Filmwerkstätten sagen. Wir haben insofern eine Kürzung vornehmen

müssen, sie dann allerdings ein Stück weit wieder rückgängig machen können. Daran sehen Sie, wie das Spiel geht: Die Regierung schlägt etwas vor. Wir beraten politisch darüber und versuchen es, soweit machbar, zu verändern. Dies kommt den Filmwerkstätten im Land, die in die Breite hinein für den kulturellen Film Sorge tragen, zugute. Das ist notwendig.

Schwer tun wir uns im Moment - das ist für mich auch ein Problem - bei der Förderung der Bibliotheken. Da hätte ich mir noch einen Schlag drauf gewünscht. Das war aber nicht möglich. Die Situation ist allen bekannt. Die Lage ist kritisch. Das Geld fließt im Moment nicht so, wie wir uns das vorstellen. Wir hoffen auf bessere Zeiten. Wir arbeiten daran.

Das Entscheidende für die Kultur ist, dass wir uns darüber bewusst sind, dass es hier nicht nur darum geht, die kulturelle Landschaft zu fördern, sondern dass das immer auch etwas mit dem wirtschaftlichen Engagement von Firmen zu tun hat. Es hat zu tun mit dem Rückfluss der Mittel in andere Bereiche. Wenn wir in die Kultur investieren, investieren wir nicht nur z. B. in den Apparat eines Theaters, sondern dies kriert auch wieder Umsätze vom Taxifahrer bis zum Restaurant. Dies alles gehört mit in diese Rechnung hinein.

Wenn wir uns an dem Punkt einig sind, werden wir uns auch einig werden, mehr Geld in die Hand zu nehmen. Über einzelne Beispiele könnte man reden und auch darüber, was in verschiedenen Bereichen schief läuft. Auch in Köln sind ja Initiativen gestartet worden, Herr Blömer, die für die freie Theaterszene dann nicht so wahnsinnig toll geendet haben, wie sie begonnen wurden und geplant waren. Wir wissen, wie schwer wir uns gemeinsam als Kulturpolitiker mit dem Thema gegenüber anderen Politikfeldern tun. Nicht wir machen es uns schwer. Die anderen müssen einfach einsehen lernen, dass Kultur mehr ist als das Gegenrechnen von Kosten und ökonomischen Ansätzen.

J. F. Kennedy hat einmal den schönen Satz geprägt: Wenn Macht korrumpiert, Dichtung läutert. Wenn wir in dem Sinne versuchen, für die Kultur in diesem Land insgesamt mehr zu tun, diesen Etat in den nächsten Haushalten höher zu setzen, wenn sie das vielleicht erlauben, dann glaube ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind: mit der Triennale und mit anderen Einrichtungen, die wir nach wie vor fördern.

Ich denke, dass wir bei allem kritischen Blick darauf - darüber können Sie lachen, Frau Capune-Kitka - einen einmal eingeschlagenen Weg zwar

kritisch überprüfen müssen, aber Ansätze, wenn sie Schwierigkeiten bereiten, nicht von vornherein in Bausch und Bogen verdammen sollten. Das habe ich Ihnen vorgeworfen. Miesmachen hilft nicht. Ein konstruktiver Vorschlag wäre hingegen gut. In dieser Richtung kommt von Ihnen jedoch relativ wenig. Auch bei Änderungsanträgen werden immer nur Vorschläge gemacht, die Millionen kosten, die wir aber alle nicht haben. Das wissen wir. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass wir sie kriegen. Wenn das in allen Fraktionen über alle Parteien hinweg Konsens wird, dann wird der Kultur ein Stück weit mehr das Geld zukommen, das ihr von ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung her zusteht und dringend erforderlich ist.

Wir stimmen dem Haushalt in der Weise, wie er jetzt für die Kultur angesetzt ist, zu. Wir wissen, dass die Mittel knapp sind. Sie sind aus meiner persönlichen und fachpolitischen Sicht viel zu knapp. Der Minister muss neue Vorschläge erarbeiten, wie er gedenkt, sie zu vermehren. Dafür wird er sich einsetzen. Wir werden es politisch versuchen. Ich sehe die Begeisterung sowohl bei den Kollegen der Koalitionsfraktionen als auch in der Opposition, für dieses Thema gemeinsam weiter zu streiten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Keymis. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige Redner sprachen von der guten Atmosphäre im Kulturausschuss. Stimmt. Die ist wirklich gut. Nur hier im Plenum sticht Herr Blömer und Frau Capune-Kitka offenbar immer wieder mal der Hafer. Da müssen sie der - gerade nicht vorhandenen - Öffentlichkeit dann beweisen, dass die Atmosphäre offenbar doch nicht so gut ist. Ich weiß nicht, was man davon zu halten hat.

Bei Ihnen, Herr Blömer, ist mir in den zweieinhalb Jahren, die wir uns über die Ruhr-Triennale und Ähnliches unterhalten, ganz klar geworden: Wäre das eine Köln-Triennale, dann wären Sie der glühendste Befürworter.

(Beifall bei der SPD)

Für einen Kölner ist es natürlich schwer zu begreifen, dass hier außerhalb Kölns eine Anstrengung für ein strukturschwaches Gebiet gemacht wird, wobei wir Struktur- und Kulturpolitik miteinander verbinden. Vielleicht sollten Sie einmal ein biss-

chen aus Ihrer Kölner Borniertheit - die ich als gebürtiger Kölner ja gut verstehen kann - herauskommen.

Wir haben in diesem Jahr mit unserem Haushalt Schwerpunkte gesetzt. meine Damen und Herren. Ich will, um die Relationen deutlich zu machen - Herr Blömer hat behauptet, wir würden für die Ruhr-Triennale genauso viel tun wie für den Haushalt im Übrigen - die wirklichen Zahlen nennen: Der Kulturhaushalt inklusive Denkmalschutz und Denkmalpflege umfasst knapp 150 Millionen €, davon stehen gut 16 Millionen € für die Ruhr-Triennale zur Verfügung. Das sind nach Adam Riese etwas mehr als 10 %. Da kann man doch wirklich nicht davon sprechen, dass dies ein übermäßiges Engagement wäre. Ich möchte mich auch gern mit den 90 % beschäftigen und nicht nur mit den 10 %, wie Sie es die ganze Zeit tun. Ich komme allerdings auf die Ruhr-Triennale zu sprechen. Dass Sie auf diesen Zug aufspringen würden, war ja klar.

Wir haben in diesem Haushalt bewusst Schwerpunkte gesetzt: auf Kinder und Jugendliche, auf die freie Szene, auf die sozio-kulturellen Zentren, auf die internationale Kulturpolitik. All dies sind die Bereiche, in denen wir die Mittel des Jahres 2002 überrollen konnten. Wir haben das ganz bewusst getan, denn gerade in diesen Bereichen entscheidet sich die Zukunft unserer Kulturszene in Nordrhein-Westfalen. Ohne eine Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche gibt es keinen künstlerischen Nachwuchs, aber - was vielleicht sogar noch wichtiger ist - auch keinen Nachwuchs im Publikum. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass Kunst und Kultur weiterhin populär bleiben.

Auch ich bedauere natürlich, Herr Kollege Keymis, dass bei der Förderung der kommunalen Bibliotheken diesmal Kürzungen nicht zu vermeiden waren. Die verbleibenden Mittel sollen deswegen konzentriert werden. Wir wollen damit vorrangig Projekte zur Leseförderung, zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen und zur intensiveren Zusammenarbeit von Bibliotheken und Schulen fördern. Die erstmals wieder vorgesehenen investiven Mittel sollen die weitere digitale Vernetzung auf kommunaler Ebene unterstützen.

Dann sprechen Sie die Breitenkultur und die Laienmusik an, Herr Blömer und Frau Capune-Kitka. - Der Landesmusikrat hat - unterstützt durch ein Kuratorium, dem der Präsident des Landtags, Uli Schmidt, vorsitzt - die Möglichkeit, Laienmusik in einer Art und Weise zu fördern, wie das in anderen Bundesländern gänzlich unüblich ist. Wir sind da an der Spitze der Bewegung. Die Mittel, wie sie im Jahre 2000 und 2001 zur Verfügung stan-

den, sind vom Landesmusikrat gar nicht in voller Höhe abgerufen worden. Im Gegenteil: Dem Landesmusikrat standen jeweils noch Mittel aus Vorjahren zur Verfügung, die nicht verausgabt waren. Das heißt, er konnte seine Mittel verwenden, er konnte seine Arbeit machen. Jetzt mit dem Finger auf uns zu zeigen, die wir die Mittel angeblich nicht zur Verfügung gestellt hätten, ist nun wirklich mehr als absurd, wenn diese Mittel, die bei uns im Haushalt für den Landesmusikrat vorgesehen sind, nicht in voller Höhe abgerufen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ein Wort zum Denkmalschutz: Gerade CDU-Mitglieder neigen sehr dazu, sich im Falle eines Denkmals, das erhalten werden soll, aber von Investoren genutzt werden möchte, auf die Seite der Investoren zu stellen, aber dann hier in einer kulturpolitischen Debatte zu fordern: Es muss jedes Denkmal erhalten werden.

Im Landeshaushalt 2003 sind insgesamt etwa 16 Millionen € zur Förderung der kommunalen, privaten und kirchlichen Baudenkmalpflege und zur Förderung der Bodendenkmalpflege ausgewiesen. Das ist zwar weniger als im Vorjahr, und niemand bedauert das so sehr wie ich, aber da kann man nur das alte Argument bringen: Wir mussten in diesem Jahr kürzen. Sie können nicht in jedem Bereich verlangen, auf Kürzungen zu verzichten. - Am Ende fehlt es dann.

Ich frage Sie, Herr Blömer: Was ist dagegen einzuwenden, Denkmäler für neue Nutzungen zu öffnen? Was ist dagegen einzuwenden, die Gebläsehalle im Landschaftspark Duisburg-Meiderich Nord zum Theater umzubauen? Wollen Sie wirklich jede Zeche, jede industrielle Anlage erhalten und zu einem Museum machen?

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Blömer?

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Ja.

Richard Blömer (CDU): Herr Minister, bei all diesen Gebläsehallen, die Sie umgebaut haben, die bis heute keinen Träger gefunden und kein Organisationsmodell haben, weiß niemand, wer das in Zukunft finanziert. Können Sie das bestätigen und das verantworten?

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Nein, das kann ich nicht bestätigen, Herr Blömer. Das muss man sehr differenziert betrachten. Die Gebläsehalle hat

einen Träger, die Gesellschaft im Landschaftspark Duisburg-Meiderich Nord.

Bei der Jahrhunderthalle in Bochum sind wir im Moment in Verhandlungen. Aber ich frage Sie umgekehrt: Was ist denn Ihre Alternative? Sollen wir sie platt machen, sollen wir sie einfach stehen lassen? Was ist denn Ihr alternativer Vorschlag, Herr Blömer? Sie müssen zugeben, dass Sie überhaupt keine Konzepte haben. Sie meckern hier nur herum, weil sich diese Dinge im Ruhrgebiet abspielen, wogegen Sie als Kölner ein gesundes Misstrauen pflegen. Das kann ich nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt noch einmal kurz zur Ruhr-Triennale: Frau Capune-Kitka, das war wirklich eine sehr kulturlose Rede, die Sie hier dazu gehalten haben. Wenn Sie als kulturpolitische Sprecherin einer Landtagsfraktion anfangen, den Wert der Kultur einzig und allein am Kassenhäuschen zu bemessen, dann ist das wirklich ein Armutszugnis. Das muss ich Ihnen einfach einmal sagen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich muss Ihnen auch vorhalten: Ich habe Sie händeringend gebeten, doch wenigstens eine einzige Veranstaltung der Ruhr-Triennale zu besuchen. Sie haben das bewusst abgelehnt. Sie hätten die Karte auch bezahlen können. Sie brauchten keine Freikarte anzunehmen, wenn Ihnen das suspekt gewesen wäre. Sie haben zwar keine einzige Veranstaltung besucht, maßen sich hier aber ein Urteil an und reden diese Ruhr-Triennale aufgrund von Presseberichten insgesamt schlecht.

Also, liebe Leute, da verlange ich nun wirklich von Mitgliedern des Kulturausschusses ein bisschen mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, ich muss Ihnen einmal eines vor Augen führen: Sie kritisieren gerade so, wie es Ihnen daherkommt. Jetzt kritisieren Sie, dass zu wenig Mittel für die Werbung für die Ruhr-Triennale vorgesehen seien.

(Richard Blömer [CDU]: Haben wir von vornherein gemacht!)

- Meinewegen auch schon von vornherein. - Hätten wir aber mehr für Werbung ausgegeben, dann würden Sie kritisieren, wir gäben mehr für die Verpackung als für den Inhalt aus.

(Beifall bei den GRÜNEN - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: So sind Sie!)

Sie nehmen die Argumente so, wie sie gerade kommen und Ihnen in den Kram passen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will es noch einmal deutlich machen: Mit der Ruhr-Triennale setzen wir einen Akzent in der Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens, der weit über unser Land hinaus ausstrahlt. Dass ein solches Festival, dem internationaler künstlerischer Rang und eine entsprechende Aufmerksamkeit zukommt, auch einen angemessenen Etat benötigt, versteht sich von selbst. Dieser Etat beträgt nicht einmal ein Drittel dessen, was in Salzburg oder in Bayreuth ausgegeben wird.

Ich will ferner betonen, dass die dafür zur Verfügung gestellten Mittel eben nicht zulasten anderer Bereiche der Kulturförderung gehen. Sie wurden vielmehr zusätzlich zum bestehenden Kulturhaushalt bereitgestellt.

Ich will es wiederholen: Die künstlerische Freiheit der Intendanten, die von uns beauftragt werden, ist für mich das höchste Gut im Bereich der Kulturpolitik. Ob das die Intendantin des Schauspielhauses Düsseldorf oder der Direktor der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen oder eben auch der Intendant unserer Ruhr-Triennale ist - ich würde nie in die künstlerische Gestaltung eingreifen, und zwar in keiner dieser Institutionen.

Natürlich ist es aber umgekehrt so - und darauf hat jede Gesellschaft zu achten, und darauf achten auch die von der CDU entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates in der Kultur Ruhr GmbH -, dass Wirtschaftspläne vorliegen und dass diese Wirtschaftspläne auch eingehalten werden. Darauf achten wir gemeinsam mit dem Intendanten und der Geschäftsführung.

Meine Damen und Herren, nun etwas aus dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten zu konstruieren, ist wirklich absurd. Mit wem musste ich und habe ich es abgestimmt, als wir die Idee hatten, eine solche Ruhr-Triennale durchzuführen? - Mit dem Ministerpräsidenten, und der hieß Wolfgang Clement. Und mit dem Finanzminister, und der hieß damals Peer Steinbrück. Und natürlich mit den Sprechern der Fraktionen im Kulturbereich.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Minister, die vorgesehene Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Ja, ich bin sofort am Schluss. - Die Landesregierung steht voll und ganz zu der Triennale. Das erste Jahr war künstlerisch ein großer Erfolg. Ich hätte mir in der Tat mehr

Besucher gewünscht. Ich brauche aber als Kölner Bürger nicht weit zu schauen, um sogar in etablierten Kulturinstitutionen auf Auslastungszahlen zu kommen, die weit niedriger sind als die der Ruhr-Triennale im ersten Jahr.

Es ist klar: Ein neues Festival in einer solchen Region zu etablieren ist schwierig. Das ist eine neue Marke, die überhaupt erst einmal durchgesetzt werden muss. Das dauert eben länger als ein Jahr. Da darf einem der Atem nicht nach wenigen Monaten ausgehen. Uns geht er nicht aus. Wir stehen bundesweit als Kulturpolitiker in Nordrhein-Westfalen sehr gut da. - Ich bedanke mich für die Unterstützung im Kulturausschuss und Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Dr. Düttmann-Braun das Wort.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal eine Anmerkung zu Herrn Böcker. Herr Böcker, Respekt! Wenn das gelingt, was Sie eben vorgetragen haben, wenn die Streichung der Mittel für die Landestheater rückgängig gemacht werden könnte, dann würde uns das alle freuen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir hoffen, dass es gelingt.

Nun zu einer ganz anderen Sache. Bevor ich etwas zu einigen Haushaltsansätzen sage, möchte ich zunächst einmal einige allgemeine Bemerkungen machen.

Am 20. November dieses Jahres hat Ministerpräsident Steinbrück seine Regierungserklärung vor dem Landtag abgegeben. Diese liegt den Bürgern dieses Landes in Form einer Broschüre zur Information vor. Es sind 30 Seiten reiner Text. Davon entfallen acht Zeilen auf die Theater- und Museumslandschaft im Lande.

Darüber hinaus kommt das Wort Kultur noch einmal vor, und zwar im Zusammenhang mit der freiwilligen Feuerwehr und in der wunderbaren Wortschöpfung „Kulturverein“. Das ist - so finde ich - eine ganz stramme Leistung unseres Ministerpräsidenten. Schade, dass er nicht da ist. Wie er es wohl fertig bringt, über 30 Seiten lang das Wort Kultur zu vermeiden? - Das gelingt nicht jedem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Unter der Überschrift „Was uns wichtig ist - die Landesregierung wird handeln“ findet Kultur überhaupt nicht mehr statt.

(Richard Blömer [CDU]: Das ist es!)

Das fast gänzliche Vermeiden des Wortes Kultur ist nicht nur eine stramme Leistung, sondern zeigt auch, welchen Stellenwert die Kultur für den Ministerpräsidenten unseres Landes hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn er anwesend wäre, würde er sicherlich einwenden, dass er durchaus andere Sorgen habe. Wohl wahr, doch hätten sich alle an der Kultur Interessierte ein bisschen von der am Ende der Regierungserklärung eingeforderten Leidenschaft in der Sache auch für die Kultur gewünscht.

Nun einige Bemerkungen zum Kulturhaushalt. Wo haben Sie gekürzt, Herr Vesper? - An viel zu vielen Stellen haben Sie gekürzt und vor allem da, wo kommunale Kulturpolitik Unterstützung durch das Land erfährt. Das hat den großen Vorteil, dass der Bürger im Lande die Kürzungen den Kommunen - die meistens CDU-regiert sind - und nicht dem Land anlastet.

(Minister Dr. Michael Vesper: Nicht mehr lange!)

- Doch, doch. Ich glaube schon, noch sehr lange.
- Den landespolitischen Verursacher der Misere kann der Bürger nicht ohne weiteres ausmachen. Das haben Sie, Herr Minister, aus Ihrer Sicht geschickt eingefädelt.

Sie haben einmal gesagt, in Deutschland gebe es nur Premieren oder Traditionen. Bei dem Punkt, den ich nun konkret im Haushaltsplan ansprechen möchte, handelt es sich um eine solche Tradition, und zwar um eine sehr unrühmliche.

Es geht um die erneute Kürzung der Bibliotheksmittel. Die Mittel für die Förderung der öffentlichen Bibliotheken werden um 40 % gekürzt. Die verbleibenden Mittel sollen schwerpunktmäßig für Projekte im Bereich der Förderung der Lese- und Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen insbesondere in Kooperation mit Schule eingesetzt werden. Diese Kürzung, verbunden mit der im Kern richtigen Priorisierung, bedeutet das Ende für ein Programm, das richtiger- und notwendigerweise seit 50 Jahren in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wird. Das Sondersammelgebietsprogramm der Großstadtbibliotheken ist damit am Ende.

Hinter diesem zugegebenermaßen etwas sperrigen Begriff verbirgt sich die Tatsache, dass die

gesamte im deutschen Buchhandel erschienene Literatur nach Sachgebieten aufgeteilt in 23 Großstadtbibliotheken gesammelt und archiviert wird. Auf diesem Wege ist gewährleistet, dass jedes Buch einmal im Lande vorhanden ist und im Wege des überregionalen Leihverkehrs an jedem Ort des Landes zur Verfügung steht. Sie halten das offenbar nicht für wichtig. Sie hinterlassen mit dieser Streichung einen Torso, weil die Arbeit nicht fortgesetzt werden kann. Sie treffen mit dieser Streichung auch die Kinder- und Jugendliteratur. Sie geben damit ein falsches Signal. Kinder lernen nur lesen, wenn sie wissen, wo sie stöbern und schmökern können.

Sie bedenken bei der Streichung überdies nicht, dass fast dreimal so viel Besucher die Bibliotheken des Landes aufsuchen wie die Stadien der ersten und zweiten Bundesliga zusammen. Sie treffen mit dieser Streichung breite Bevölkerungsschichten, Herr Vesper; Sie machen da einen Fehler.

Noch eine kurze Anmerkung zu einem weiteren Haushaltstitel. Sie kürzen die Förderung für die Laienmusik um 90 %.

(Hans-Martin Schlebusch [CDU]: Pfui!)

Bitte entgegnen Sie jetzt nicht, es gebe über Oddset-Mittel in 2003 einen Ausgleich für die gestrichenen Gelder; das wissen wir alle. Und nach 2003? Sind dann das Leben, das Musizieren, das Singen am Ende? Sie treffen mit dieser Streichung rund 4.000 Chöre mit rund 150.000 aktiven Sängerinnen und Sängern, rund 1.500 Laienorchester aller Sparten mit weit über 50.000 Musikerinnen und Musikern. Herr Vesper, wir machen uns große Sorgen um die Nachhaltigkeit der Kulturpolitik in unserem Land, und Nachhaltigkeit sollte doch etwas sein, was Ihnen besonders am Herzen liegt.

(Beifall bei der CDU)

Bitte sagen Sie uns etwas über die Förderung der Laienmusik nach 2003 und lassen Sie uns etwas von der von Ministerpräsident Steinbrück eingeforderten Leidenschaft spüren – nur spüren!

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit)

Vizepräsident Jan Söffing: Sehr schön! – Vielen Dank, Frau Dr. Düttmann-Braun. Weitere Wortmeldungen ---

(Minister Dr. Michael Vesper meldet sich zu Wort.)

– Doch, der Minister möchte

(Zurufe)

auf die Aufforderung eingehen. Leidenschaft ist jetzt gefragt!

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Frau Düttmann-Braun....

(Heiterkeit – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]:
Das klingt alles andere als leidenschaftlich!)

Da kann ich nur meine ganze Leidenschaft bemühen, um Ihnen genauso leidenschaftlich zu antworten.

Mir sind einige Fragen gestellt worden, die ich ganz gerne beantworten möchte.

Zur ersten: acht Zeilen Kultur in der Regierungserklärung! Herr Ministerpräsident Steinbrück hat nun wirklich zu Beginn dreimal klargestellt, dass man bitte nicht mit dem Zentimetermaß nachmessen möge, welche Politikbereiche mit wie vielen Millimetern vorkommen, um danach die Bedeutung dieses Politikbereiches zu bemessen. Das ist wirklich Unsinn. Er hat sich exakt auf das bezogen, was im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung von Ministerpräsident a. D. Clement gestanden hat, und da kommt die Kultur sehr wohl zentral vor. Das wird auch so bleiben, auch mit Ministerpräsident Peer Steinbrück, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dieses Proporzdenken auch noch auf Regierungserklärungen anzuwenden wäre nun wirklich eine sehr langweilige Diskussion.

Zweitens zum Kulturhaushalt: Liebe Frau Düttmann-Braun; beim Kulturhaushalt - ich habe es eben gesagt - musste in einzelnen Bereichen in der Tat gekürzt werden. Wir haben versucht, Schwerpunkte zu setzen und bestimmte Bereiche zu schonen. Aber eines ist klar: Man kann bei dieser Kassenlage nicht alle Bereiche verschonen. Wenn ich jetzt andere gekürzt hätte statt dieser, hätten Sie das genauso leidenschaftlich kritisiert. Das ist eben die Verantwortung, liebe Frau Düttmann-Braun, die man in der Regierung hat. Man muss letztlich die Kürzungen vornehmen, die die Kassenlage vorgibt. Sie als Opposition können die Quadratur des Kreises jeden Tag neu verkünden. Das geht aber real nicht. Das muss man einfach berücksichtigen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was das Sondersammelgebietsprogramm angeht, so wird dieses weiterhin berücksichtigt. Ich weiß

auch, wie wichtig das ist, und es ist im Rahmen der Bibliotheksmittel möglich, das Programm weiterzuführen. Ich bitte dies noch einmal zu bedenken: Die Kürzung, die wir dort vornehmen mussten, ist im Vergleich zu dem, was die kommunalen Bibliotheken insgesamt im Land an Kosten verursachen, wirklich marginal. Sie ist nur im Promillebereich zu messen. Deswegen dramatisieren Sie das bitte nicht über das hinaus, was daran natürlich bedauerlich ist und was ich auch teile.

Abschließend zur Laienmusik: Die Laienmusik hat, seit ich Kulturminister bin, eine fulminante Steigerung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel erfahren. Bis 2000 waren es unter 1 Million DM, die dafür zur Verfügung standen. Und durch die Oddset-Mittel, die wir alle gemeinsam durchgesetzt haben, sind dafür weit über 10 Millionen DM aufgelaufen. Diese Mittel reichen aus, um die Bedürfnisse der Laienmusik zu befriedigen; das habe ich eben ausgeführt. Selbstverständlich werde ich mich dafür einsetzen - mit aller Leidenschaft -, dass dieses auch nach 2003 der Fall sein wird. Ich hoffe dabei auf Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Wünscht noch jemand seitens der Kolleginnen und Kollegen das Wort zu dem Bereich Kultur? – Das ist offensichtlich nicht der Fall, so dass wir damit den Bereich Kultur verlassen und jetzt zum Teilbereich

c) Sport

kommen können. Dazu erhält zunächst Frau Kollegin Dr. Schraps für die CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Annemarie Schraps (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Leidenschaft, die Sie für die Kultur gefordert haben, erbitten wir auch vom Minister für Sport - nicht nur Leidenschaft, sondern auch leidenschaftlichen Einsatz. Denn, Herr Minister: Wir sind der Staat, der Bürger ist der Staat, und wer das nicht mehr begreift und trennt: hier der Staat und dort der Bürger, der geht einen recht verhängnisvollen Weg. Ich hoffe nicht, dass Sie ähnlich reagieren wie Ihr Kollege Müntefering aus Berlin, dass Sie sagen, der Staat sei wichtiger als die Entlastung des Bürgers. - Da wären wir dann auf dem Holzweg.

Die Bürger und natürlich auch die Bürgerinnen - ohne diese ginge es überhaupt nicht - sind der Staat. Würden diese Bürger und Bürgerinnen über das Maß hinaus zur Kasse gebeten, werden sie in

Zukunft mit Verweigerung reagieren. Dies haben Sie schon erlebt. Das wird auch beim Sport so sein, wo das hoch gelobte Ehrenamt immer mehr in Bedrängnis gerät. Noch führt der Slogan "Den Gürtel enger schnallen" nicht zu einer Blockadehaltung.

Aber wenn in unserem Land von den Vereinen und Verbänden ehrenamtliche Leistungen für Gesundheit, Integration, Erziehung und vieles mehr angeboten werden sollen, Leistungen, die von Millionen von Bürgern angenommen werden, darf diesen Vereinen die strukturelle Grundlage nicht entzogen werden, Herr Minister. Dazu gehört auch eine finanzielle Ausstattung der Verbände und Vereine, die ihre Existenz gewährleistet.

In Zeiten finanzieller Knappheit - das gestehen wir zu - müssen Sparmaßnahmen getroffen werden. Aber bitte nicht mit Rasenmähermentalität, sondern mit Gefühl für die Leistungen, die die Bürger dem Land zukommen lassen. Auf der einen Seite streuen Sie, Herr Minister, im Sport Geld nach Gutsherrenart aus, und auf der anderen Seite wollen Sie sparen, insbesondere dort, wo es diejenigen trifft, die die Arbeit in den Verbänden und Vereinen ehrenamtlich leisten.

Wenn ich - genauso wie Sie - am Samstag den Ministerpräsidenten gehört habe, der beim DSB-Kongress das Hohelied auf das Ehrenamt gesungen hat, dann frage ich mich: Ist die Kürzung der Übungsleiterpauschale eine solche Unterstützung des Ehrenamtes? 2002: 11,7 Millionen €. Zuge dachte Übungsleiterpauschale 2003: Kürzung zunächst einmal um 5 Millionen €. Dann kam endlich einmal der Protest aus den Vereinen, den Sie ja recht deutlich gespürt haben. Und nunmehr wird die Kürzung um rund 20 % zurückgenommen. Die SPD vermeldet dann landesweit: Übungsleiterpauschale für Sportvereine bleibt erhalten. Dies, meine Damen und Herren, ist schlicht und einfach falsch.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Behauptung, dass damit das Niveau 2002 annähernd erreicht wird - ebenfalls nachlesbar -, kann ja nur eine Rechnung nach PISA sein. Was heißt "annähernd"? Anscheinend bedeutet der SPD eine 20%ige Kürzung nichts. Es ist für mich auch schon im Ausschuss faszinierend gewesen, wie man aus einer Kürzung eine Erhöhung machen kann. Das ist eine Möglichkeit, die Unwahrheit zu sagen, ohne zu lügen.

Es ist bedauerlich, dass die Koalition nicht unserem Antrag gefolgt ist, wenigstens die Summe von 2002 wieder einzusetzen. Ich denke auch - das ist ebenfalls nachzulesen -, dass es nachgerade zy-

nisch ist, wenn Sie aus der Entscheidung, die Übungsleiterpauschale um 20 % zu kürzen, eine öffentliche Anerkennung des persönlichen Einsatzes hoch motivierter Bürgerinnen und Bürger machen und diese Kürzung als Wertschätzung für die Leistungen und das Engagement im Sportverein bezeichnen.

Aus dieser Wertschätzung heraus wird der LSB - und da muss man sich bedanken - noch 1 Million € zulegen, die aber wiederum an der anderen Seite - das haben wir im Hauptausschuss gehört - bei Verbänden und Vereinen Löcher reißen werden. Das heißt also: Es muss auch beim LSB beim Personal und bei der Projektarbeit eingespart werden, oder es müssen sogar die Rücklagen angegriffen werden.

Es hilft also auch nichts, wenn Sie - wie Sie das fordern werden - die Richtlinien für die Übungsleiterbezuschussung dahin ändern werden, dass insbesondere die Vereine bedacht werden, die Jugend und Menschen bis 27 Jahren in ihren Reihen haben. Abgesehen davon, dass das eine bürokratische Belastung werden wird, bleiben viele Vereine auf der Strecke, die sich bisher dem viel gepriesenen Familien- und Gesundheitssport verschrieben haben. Hier wird der Rotstift an einem Punkt angesetzt, der unverantwortlich ist, nämlich dem Gut Gesundheit, obwohl wir wissen, dass 25 bis 30 % der Gesundheitskosten durch Prävention durch Sport eingespart werden können.

Ist es eine Wertschätzung für den Sport, wie Sie sie aussprechen, dass Sie ersatzlos 1,2 Millionen € Zuschüsse an die Kommunen zur Förderung des Sports aus dem GFG gestrichen haben? Diese Mittel sind keineswegs, wie behauptet wurde, in den Sportstättenbau geflossen. Im Gegenteil: Auch hier sind im GFG die Mittel für den Sport noch einmal um 5,9 % gekürzt worden. Wertschätzung ist dies sicher nicht.

Wertschätzung ist, wenn man den Vereinen zutraut, einen großen Wirkungskreis zu haben, wenn die Handlungsfelder immer ausgedehnter werden. Aber, meine Damen und Herren, das darf nicht zu einer Belastung werden. Und die Belastung haben wir immer noch. Sie erinnern sich sicherlich an unseren Antrag, gemeinsam mit uns das 325-€-Gesetz möglichst abzuschaffen, ebenso die Scheinselbstständigkeit. Die Vereine können nur Partner der Schule sein, wenn sie nicht benutzt werden, die Versäumnisse der Schule auszubügeln. Wenn die Fitness-Gruppen und die Fördergruppen verstärkt werden sollen, muss den Vereinen auch gesagt werden, wie sie dies zusätzlich leisten sollen.

Eine freudige Überraschung hatten wir: Dass auch Sie, Herr Minister, endlich eingesehen haben, dass die Sportstunden einen großen Wert für unsere Kinder haben. Wir haben jahrelang gefordert, dass drei Sportstunden auch wirklich gegeben werden.

(Zuruf von Sylv.a Löhrmann [GRÜNE])

- Sie können ja gleich reden.

Da sind wir als Schwarzmalter und Schlechtredner verdächtigt worden. Wenn wir da einen Schritt weiterkämen, bevor wir die Studie haben - das dauert noch eine ganze Zeit -, die der DSB-Präsident angekündigt hat, die Nordrhein-Westfalen übrigens mit bezahlt, wäre das sehr zu begrüßen. Wir können schließlich nicht abwarten, was die Studie bringt, um den Sport in der Schule zu verbessern.

Die Wertschätzung hört weitestgehend auf, wenn es um ganz bestimmte Dinge geht, beispielsweise auch, wenn wir nach der Modernisierung alter Sportstätten bzw. dem Bau neuer Sportstätten fragen. Hier darf einmal wütend spekuliert werden, wann ein Großteil unserer Sportanlagen nur noch Schrottwert hat. Oftmals ist nur noch Mängelverwaltung möglich.

Wir wollen 2012 die Olympischen Spiele an Rhein und Ruhr haben. Darüber sind wir uns einig, darüber freuen wir uns. Aber, meine Damen und Herren, zu den Rahmenbedingungen des NOK gehört auch die Frage, welche Sportstätten vorhanden und in welchem Zustand sie sind, nicht nur für den Hochleistungssport, sondern auch für den Breitensport.

Wenn Sie hören, dass bei der Bezirksregierung insgesamt bewilligungsreife Anträge mit einem Zuwendungsvolumen von 30 Millionen € vorliegen - auf diese Mittel müssen die Vereine allerdings drei bis vier Jahre warten -, dann frage ich mich, wie es mit unseren Sportstätten weitergehen soll.

Die Vereine sind es, die Kinder und Jugendliche an bestimmte Sportformen heranführen. Sie müssen unterstützt werden, und zwar in allen Formen.

Lassen Sie mich - meine Redezeit ist bald abgelaufen - nur noch wenige Worte dazu sagen, dass es im Sport besondere Adressatengruppen gibt. Ich möchte eine Adressatengruppe ansprechen, und zwar die der Menschen mit Behinderungen. Wir bewerben uns nicht nur für die Olympischen Spiele 2012, sondern wir bewerben uns auch für die Paralympics. Ich glaube, hier muss noch mehr getan werden. Wir hatten eine sehr gute Veranstaltung "Jugend trainiert für Paralympics". Dies ist aber leider nicht ausreichend. Wir haben

nächstes Jahr nicht nur das Jahr der Bibel, sondern auch das Jahr der Behinderten. In mein Ressort fällt Letzteres.

(Minister Dr. Michael Vesper: Und das Jahr des Hochschulsports!)

- Das Jahr des Hochschulsports ist aber nicht von der Europäischen Union ausgerufen worden, sondern von uns selbst.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch im Bereich der Behinderten etwas tun. Der Sport kann natürlich nicht Reparaturwerkstatt für alles in der Gesellschaft sein, ...

Vizepräsident Jan Söffing: Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU): Ich komme zum Schluss. - ... aber ich glaube, wenn wir unsere Vereine und Verbände unterstützen, können diese Vereine manches gesellschaftliche Problem lösen. Vielleicht sollte unsere Landesregierung die Forderung des DSB-Präsidenten umsetzen: "Sparen ja, aber nicht am Sport, sondern mit dem Sport!"

Wir werden dem Sporthaushalt heute nicht zustimmen, weil er nicht unseren Vorstellungen entspricht. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Dr. Schraps. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Meise-Laukamp das Wort.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das muss jetzt geradegerückt werden!)

Ina Meise-Laukamp (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Dr. Schraps, ich bin froh, dass ich nach Ihnen reden kann. Ich hatte in meinem Redekonzept einen kleinen Vermerk hineingeschrieben: Lob an Frau Dr. Schraps für seriöse Mitarbeit im Sportausschuss.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Streichen!)

Das kann ich mir jetzt schenken. Nach dieser Rede muss ich sagen: Meine Wertschätzung für Sie und auch für die Sportfraktion der CDU, die sich eigentlich immer durch seriöse Mitarbeit, durch Fairness und durch sportliches Verhalten hervorgetan hat und immer in Kenntnis der Haushaltslage, Frau Dr. Schraps, haben Sie heute ad absurdum geführt. Ich wende mich dann an die kleine Oppositionspartei, die sich im Sportausschuss

den Scherz erlaubt hat, Erhöhungsanträge von über 33 Millionen € zu stellen - ich sage das mehr zur Unterhaltung der anderen Kollegen -, vollkommen in Verkennung der Haushaltslage, in der wir uns befinden.

Der Haushalt für das Jahr 2003 ist wirklich nur unter größter Anstrengung innerhalb der Landesregierung und auch im Parlament überhaupt zur Beschlussreife gekommen. Der Konsolidierungsbedarf sowohl vor als auch nach der letzten Steuerschätzung lag in einer Größenordnung - ich habe gedacht, dass hier Profis sitzen und dass die Opposition das anerkennt -, dass selbst unverbesserliche Optimisten nicht davon ausgehen konnten, der Sport könnte ungeschoren von Kürzungen davonkommen und in Gänze so bleiben.

Frau Dr. Schraps ist auf einzelne Positionen eingegangen. Da haben wir Einschnitte hinnehmen müssen - das ist schmerzlich -, aber - das sage ich nicht ohne Stolz - uns ist es in sehr langen, zähen und fairen Verhandlungen in einem Umfang, wie Sie das in keinem anderen Einzelplan finden werden, gelungen, ursprüngliche Kürzungen des Sportministers abzuwenden.

(Minister Dr. Michael Vesper: Nicht des Sportministers, der Landesregierung!)

- Ich dachte immer, es gibt eine Ressortverantwortlichkeit.

(Minister Dr. Michael Vesper: Nein!)

- Gut, dann sagen wir "die Landesregierung." Ich wollte damit nur andeuten, Herr Minister Vesper, dass Sie, wenn Sie nachher dran sind, diese Rücknahme der Kürzungen nicht als Ihr Verdienst verkaufen dürfen. Das haben die Koalitionsfraktionen geregelt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Für diejenigen, die nicht im Sportausschuss sind, muss ich sagen: Wir reden hier über die Übungsleiterpauschale.

(Zurufe von der CDU)

- Regen Sie sich doch nicht so auf, es geht doch nur um Sport.

(Dr. Renate Düttmann-Braun [CDU]: Nur?)

Wir reden über die Übungsleiterpauschale, die über den LSB an die berechtigten Sportvereine ausgeschüttet wird. Im Rahmen dieser zähen Verhandlungen ist es uns gelungen, gemeinsam mit dem LSB einen Weg zu finden. Ich bin dem LSB - vor allem dem Präsidium -, dankbar, dass er zugesagt hat, zu den erhöhten Mitteln aus Lan-

desmitteln - 3 Millionen € - 1 Million € aus eigenen Bordmitteln dazu zu tun, um eine Erhöhung der Kürzung - das muss man ehrlicherweise sagen - um 4 Millionen € für die ehrenamtliche sportliche Arbeit zu retten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie das nicht anerkennen, dass wir nunmehr einen Ansatz von 9,5 Millionen € im Haushalt haben, dann - es tut mir Leid - verkennen Sie jegliche Realität der derzeitigen öffentlichen Haushalte.

In Richtung CDU sage ich: Wir haben vollstes Verständnis für Ihre Erhöhungsanträge. Mein Herz hat natürlich für diese Anträge geschlagen. Das ist doch vollkommen klar; darüber brauchen wir überhaupt nicht zu reden. Aber wir müssen uns den Tatsachen stellen, wie der Haushalt nun einmal aussieht. Da kann ich nicht hingehen und sagen: Wir verkennen das in Gänze und verringern die Kürzungen im Sportstättenbau, weil wir Olympia vor der Brust haben. - Erkennen Sie an, was wir jetzt erreicht haben. Der Sporthaushalt ist gemessen an der Situation, in der wir uns finanziell befinden, in einer guten Situation.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Andere sicherlich auch wichtige Politikbereiche sind letztlich nicht so geschont worden wie der Sport. Ich füge dazu: Das hätten wir nicht erreicht, wenn wir nicht Olympia vor der Brust hätten. Wenn die Entscheidung am 12. April nicht fallen würde, hätten wir diese Erfolge auch innerhalb der Koalitionsfraktionen nicht errungen. Wir hatten das Druckmittel: Wir brauchen die Mittel, um bei der Olympiabewerbung gut dazustehen. - Ohne dieses Druckmittel auch innerhalb der Fraktionen wäre das gar nicht so gut durchgegangen.

In Gesprächen mit dem LSB haben wir ausgehandelt, dass wir die minimal gekürzte Übungsleiterpauschale, die jetzt ein bisschen nach dem Gießkannenprinzip über alle Sportvereine, die bestimmte Kriterien erfüllen - das betrifft z. B. deren Größe -, geschüttet wird, etwas konzentrierter einsetzen, und das alles natürlich im Dialog mit dem LSB. Wir wollen verstärkt die Vereine fördern, die Jugendarbeit machen. Qualifizierte Jugendarbeit ist ein Kriterium für die Olympiabewerbung. In Zeiten knapper Mittel ist es, denke ich, wichtig, vorhandene Gelder konzentriert einzusetzen. Das heißt nicht, dass Sportvereine, die gute Seniorenarbeit oder Behindertenarbeit machen, in Zukunft von der Förderung ausgenommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber verstärkt sollen Jugendübungsleiter gefördert werden. Ich denke, das ist eine gute Maßnahme.

Ich sage jetzt in Richtung Opposition: Man sollte mir nicht sagen, ich sei betriebsblind. Das bin ich weiß Gott nicht. Ich bedaure, dass die Übungsleiterpauschale nicht mehr in Gänze da ist.

Ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass die so genannte Übungsleiterpauschale, die keine war - die 6 Cent pro Einwohner waren ja ein Zuschuss an die Sportvereine -, im GFG gestrichen worden ist. Gemessen an den Kürzungen bei anderen Positionen im GFG ist das, muss ich sagen, traurig, es ist auch nicht schön, aber es war notwendig. Da kann ich nicht vom Innenminister fordern: Setze die Übungsleiterpauschale wieder ein. - Das funktioniert so nicht.

Ich hätte es gerade auch im Hinblick auf die Olympiabewerbung gerne gesehen, dass die Mittel für den Sportstättenbau in gleicher Höhe erhalten worden wären. Noch besser wäre es gewesen, sie zu erhöhen. Aber das ist eben außerhalb jeglicher Realität. Wir haben uns im Sport eigentlich immer dadurch ausgezeichnet, dass wir auf dem Boden der Tatsachen geblieben sind und fair miteinander umgingen. Jetzt hat eine Fraktion diesen Weg verlassen. Ich hoffe, dass sich die Rednerin dieser Fraktion, die nach mir sprechen wird, diesem Weg wieder anschließen wird.

Mit Blick auf die Uhrzeit verkürze ich jetzt meine Rede. Ich muss Frau Dr. Schraps auch nicht mehr loben. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass Sie unserem Entwurf zustimmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Meise-Laukamp. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Ihre fünf Minuten Leidenschaft, die lassen mich vermutlich den Zug verpassen, den ich nehmen wollte, um meinem Sohn heute noch zum Geburtstag zu gratulieren. Aber ich werde meine Rede jetzt nicht kürzen, jedenfalls nicht wesentlich,

(Oh-Rufe von der SPD)

und die Aspekte, die uns auf dem Herzen liegen, wirklich in Breite ansprechen.

Frau Meise-Laukamp, zunächst zu Ihnen: Sie müssen endlich einmal anfangen, vernetzt zu

denken, ressortübergreifend zu denken. Es gibt auch in diesem Landeshaushalt Einsparmöglichkeiten. Wir haben es Ihnen vorgemacht, haben 30 Millionen € aus unzähligen Projekten herausgerechnet. Das haben sogar unsere Umweltpolitiker mitgetragen und aus dem Umwelthaushalt zurückgeführt. Wir haben also keinen einzigen Erhöhungsvorschlag gemacht, ohne nicht auch einen Deckungsvorschlag zu machen.

Aber im Sportbereich ist etwas faul im Staate Dänemark oder, besser gesagt, hier in Nordrhein-Westfalen. Diese Landesregierung hat sich nämlich damit abgefunden, Reparaturbetrieb zu sein, anstatt zu gestalten, eben auch im Sport, jedenfalls im Schul- und im Breitensport.

Die Olympiabewerbung ist, finde ich, hervorragend auf den Weg gebracht. Aber Sie lassen es zu, Herr Minister, meine Damen und Herren, dass Grundschulkindern mit alarmierenden, ständig zunehmenden motorischen Defiziten zu dauerhaft haltungsgeschädigten Jugendlichen heranwachsen, die später die Wartezimmer der Orthopäden bevölkern. Sie nehmen es in Kauf, dass eine immer größer werdende Anzahl von Kindern und Jugendlichen an Fettleibigkeit, Kreislaufstörungen und Herzbeschwerden leidet.

(Minister Dr. Michael Vesper: Fettleibigkeit?)

- Ja, an Fettleibigkeit! Auch das! Ich habe nicht auf Sie gezeigt, Herr Minister.

(Heiterkeit)

Außerdem sind Sie kein Kind. - Ihre Ansätze, hier gegenzusteuern, sind ziemlich zaghaft.

Wo bleibt sie denn, die dritte Schulsportstunde? Es hilft nämlich wenig, wenn sie lediglich auf den Stundenplan gesetzt wird. Sie muss auch erteilt werden. Dies ist aber eben nicht der Fall. Dies ist in Wirklichkeit nicht einmal Ihr erklärtes Ziel, Herr Minister. Das ist es zwar vor den Mikrofonen, in zahlreichen Willenserklärungen, aber nicht realiter.

Wenn ich die letzten Sportausschusssitzungen Revue passieren lasse, kann ich zusammenfassen, dass Sie peinlich darauf Acht geben, dass diese Absichtserklärungen unverbindlichen Charakter behalten. Wie sonst ist es einem normalen Menschen zu erklären, dass Sie erst kürzlich einen Antrag der FDP abgelehnt haben, der nichts anderes eingefordert hat, als lediglich die dritte Schulsportstunde überall dort, wo sie stundenplanmäßig vorgesehen ist, sicher zu erteilen.

Anstatt hier endlich eine Priorität im Sporthaushalt 2003 zu setzen, haben Sie ein mehrere Seiten

langes unverbindliches Schönwetterpapier erstellt, dort Pirouetten gedreht, ohne sich in irgendeiner Weise festzulegen, ohne sich als Landesregierung dazu zu verpflichten, Ihren eigenen Vorgaben auch tatsächlich nachzukommen.

Nicht mehr und nicht weniger fordert die FDP-Fraktion ein. Dabei wissen wir, dass dies eigentlich zu wenig ist. Eigentlich brauchen wir wöchentlich vier Stunden Sport in den Schulen. Diese Forderung haben wir nicht explizit erhoben, was uns schwer gefallen ist.

Wir haben nicht deshalb darauf verzichtet, um Sie zu schonen, sondern um die Kommunen dieses Landes nicht in die Bredouille zu bringen. Das wäre nämlich passiert. Die Kommunen hätten doch gar nicht gewusst, wie sie die Hallenkapazitäten schaffen sollen. Die Erweiterung von Schulsportstätten fällt unter die Schulpauschale, die wesentlich zu gering bemessen ist. Das wissen wir alle. Im Zweifel wird eben doch eher das dringend benötigte Klassenzimmer gebaut, bevor eine Schulsportstätte erweitert wird.

Die Förderung über die Bezirksregierungen - Frau Dr. Schraps hat es angesprochen - dauert inzwischen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Das wissen alle Beteiligten. Sie kennen doch die Förderstaus für den Sportstättenbau. Gemessen in Jahren, drücken die exakt das aus, was wir tagtäglich in den Nachrichten in Kilometerangaben über die Verkehrsstaus in diesem Land erfahren.

Aber schauen wir beim Landeshaushalt einmal etwas genauer hin: Die größte Unsicherheit bei allen Sport treibenden Menschen, verbunden mit einem Vertrauensverlust, haben Sie im Bereich der Übungsleiterpauschale zu verantworten. Erst kürzen Sie diese um rund 5 Millionen € allein im Landessportplan. Von den zusätzlichen knapp 1,3 Millionen € im Gemeindefinanzierungsgesetz zur Unterstützung der Übungsleiterarbeit in den Kommunen reden Sie an der Stelle überhaupt nicht. Die kommen als Defizit noch hinzu. Das haben Sie zunächst verschwiegen. Erst kürzen Sie also um gut 5 Millionen, dann nehmen Sie nach unzähligen Protesten einen Teil davon zurück, nämlich 3 Millionen €, verpflichten aber gleichzeitig den Landessportbund, aus eigenen Mitteln ebenso 1 Million € beizusteuern.

(Zuruf von Minister Dr. Michael Vesper)

- Ja, das war Grundlage Ihrer Verhandlungen;

(Ina Meise-Laukamp [SPD]: Die Verhandlungen haben wir geführt!)

das war eine Bedingung, Herr Minister, damit das Defizit am Ende auf gut 1 Million € zusammenge-

schrumpft werden konnte, wohlgermerkt im Landessportplan. Dieses zusätzliche Loch im Gemeindefinanzierungsgesetz bleibt bestehen, so dass wir realiter auf ein Defizit von 2,5 Millionen € kommen. Aber das sagt an dieser Stelle niemand von Ihnen. Das ist wirklich eine noble Geste gegenüber dem Ehrenamt im Sport.

Die FDP will den Betrag für Übungsleiter hingegen auf 16,5 Millionen € aufstocken - ich sage es an dieser Stelle noch einmal deutlich - und darüber hinaus zusätzlich die früher im GFG veranschlagten knapp 1,3 Millionen € erhalten. Das wäre in unseren Augen das richtige Signal für die Wertschätzung und Ausweitung des Ehrenamtes.

Die zweite Kröte in diesem Landeshaushalt ist der Ansatz für den Sportstättenbau. Im GFG wurde der Betrag aus dem Jahre 2002 zunächst überrollt, um dann doch um gut 1 Million € zurückgefahren zu werden. Darüber hinaus müssen wir feststellen, dass im Landessportplan ein weitere Kürzung erfolgt, sodass wir in der Tat 2,5 bzw. fast 3 Millionen € weniger für den Sportstättenbau in den Kommunen zur Verfügung haben als im letzten Haushaltsjahr. Mit noch geringeren Beträgen im laufenden Haushaltsjahr können Sie nun einmal keine Sportstätten sanieren, erweitern oder neu errichten.

Deshalb fordert die FDP ganz klar eine Aufstockung des Betrages von rund 5,8 Millionen €, wie Sie ihn bisher ausweisen, um 20 Millionen €. Das hat Sie so gereizt, Frau Meise-Laukamp.

(Ina Meise-Laukamp [SPD]: Gereizt? Ich war wirklich verblüfft!)

Das sind genau die 20 Millionen €, die wir für den Sport aus dem Umweltetat herausgerechnet haben. Das war uns der Sport an dieser Stelle wert. Damit hätten wir nämlich insgesamt gut 40 Millionen € gehabt, die wir dann als Pauschale, also über das GFG und den Landessportplan, an die Kommunen auszahlen wollten. Pauschalierung ist doch vom Grundsatz her zu begrüßen. Das haben wir auch bei der Schulpauschale getan. Eine Pauschale muss aber auch auskömmlich sein. Mit so geringen Beträgen können Sie wirklich nichts bewirken.

An dieser Stelle habe ich mich übrigens über das Votum im Sportausschuss gewundert. Da liegt eine Zuschrift der Bezirksregierung Köln vor - die haben Sie alle ebenfalls bekommen -, dass der Regionalrat den Landtag auffordert, die Mittel für den kommunalen Sportstättenbau nachhaltig aufzustocken und sie den Kommunen ab 2003 über das GFG pauschaliert zur Verfügung zu stellen. Nichts anderes wollten wir tun, aber wundersam-

erwise hat sich außer der FDP niemand hier im Hause bereit erklärt, diese Position mitzutragen und zu unterstützen.

Ein weiteres sehr wichtiges Thema bewegen Sie zwar oft genug auf Ihrer Zunge, aber wohl nicht so sehr in Ihrem Herzen. Es geht um den Behindertensport. Dort kürzen Sie die Zuwendungen.

(Minister Dr. Michael Vesper: Im Gegenteil!)

- Sie sollten nicht nur reden, sondern auch etwas tun, Herr Minister.

Sie überrollen diese Beträge schon seit Jahren immer wieder, weil Sie den lauten Protest fürchten, falls Sie dort kürzten. Aber Sie tun zusätzlich nichts, obwohl Sie dem Behindertensport immer das Wort reden. Statt 50.000 € für den Leistungssport wie im letzten Jahr wollen wir genau das Vierfache. Es ist nämlich notwendig, dass sich auch der Leistungssport im Behindertenbereich besser präsentieren kann. Wie war das doch? Wenn ich mir den Behindertenbreitensport ansehe, so stehen hierfür gerade einmal 715.800 € bereit. Diesen Ansatz wollen wir um 2 Millionen € erhöhen. Wo sind denn die Vereine, die für Behinderte passende Angebote dauerhaft unterbreiten?

(Zuruf von Minister Dr. Michael Vesper)

- Sie haben nicht zugehört, Herr Minister. Bis zu dem Betrag von 30 Millionen € haben wir noch 10 Millionen € Luft. Wo sind die Vereine, die die passenden Angebote für Behinderte dauerhaft machen und aufrechterhalten können? In Nordrhein-Westfalen gibt es diesbezüglich keine flächendeckende Versorgung. Bisher nehmen Behinderte weite Wege in Kauf, um sportlichen Freuden zu frönen und sporttherapeutischen Notwendigkeiten nachgehen zu können. So geht es aber nicht weiter.

Helfen Sie den Behinderten, helfen Sie den Vereinen, die sich genau um diese Sportlergruppe qualifiziert kümmern wollen. Lassen Sie sich endlich beim Wort nehmen, Herr Minister Vesper, liebe Kolleginnen und Kollegen, oder reden Sie dem Behindertensport nicht länger das Wort. Ganz besonders an dieser Stelle sind Ehrlichkeit und Vertrauenswürdigkeit gefragt. Schöne Worte sind Schall und Rauch, wenn ihnen nicht die entsprechenden Taten folgen.

Um es noch einmal zu erklären: 20 Millionen € aus dem Umweltbereich wollen wir zusätzlich für den Sportstättenbau freischaufeln. Es mag sein, dass Sie in diesem Zusammenhang ein paar nette Gespräche mit Frau Höhn zu führen hätten. Wir haben das aber herausgerechnet: 2 Millionen €

zusätzlich für den Behindertenbreitensport, 150.000 € extra für den Behindertenleistungssport und an der anderen Stelle eine Erhöhung der Übungsleiterpauschale.

Die FDP hat durch ihre Berechnungen im Verlauf der Haushaltsberatungen eine breite Offensive für den Sport insgesamt und für den Leistungssport im Besonderen gestartet. Das ist ein gutes Signal für das Ehrenamt, für den Sport, für die Gesundheit in diesem Land. Dem vorliegenden Einzelplan 14 können wir so nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Groth das Wort.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da kann ich nur sagen: Tata, Tata, Tata!

(Lachen und Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir haben die vierte Jahreszeit, aber wir haben noch längst nicht die Karnevalswoche, Frau Pieper-von Heiden. Ich bitte Sie herzlich, kommen Sie mit uns gemeinsam in die Realität dieses Landes zurück und feiern Sie nicht weiter Ihre Büttenreden ab! Das war doch gerade eine Leistung: mal eben hier 16 Millionen €, mal eben da 20 Millionen €. Im Ausschuss habe ich Sie schon gefragt, warum denn 20 Millionen € und nicht gleich 50? Haben Sie dieses Geld denn auch mitgebracht, Frau Kollegin? Bringen Sie es erst einmal mit, dann können wir es ausgeben - gerne auch für den Sport.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Große Sprünge, aber nichts im Beutel.

(Heiterkeit)

An welches Tier denken Sie dabei oder, besser gefragt, an welchen Teil des Landeshaushalts? An den Sporthaushalt. Was hat der Sporthaushalt mit dem Känguru gemeinsam? Es ist ja nicht so, als ob wir überhaupt nichts mehr im Beutel hätten, aber auf jeden Fall haben wir im Sporthaushalt nicht mehr im Beutel als früher, sondern weniger. Auch im Sporthaushalt musste gekürzt werden. Das ist völlig normal. Wenn in einem Landeshaushalt 2,8 Millionen € eingespart werden müssen, kann auch der Sporthaushalt nicht ungeschoren davonkommen.

Gleichzeitig wollen wir aber große Sprünge machen. Wir bewerben uns für die Olympischen

Spiele 2012. Wir wollen sie haben, eine faszinierende Idee. Dafür lohnt jede Anstrengung. Dafür ist es auch in Ordnung, dass der Sporthaushalt im Verhältnis nicht so stark gekürzt worden ist wie andere Bereiche.

Meine Damen und Herren, der Sporthaushalt ist in einer guten Verfassung. Es ist in gemeinsamer Kraftanstrengung gelungen, einen Sporthaushalt beschließen zu können, der in seiner Summe immer noch höher liegt als der aus dem Jahre 2000. Das muss angesichts der aktuellen Sparnotwendigkeiten auch einmal gesagt werden.

Mit der Vereinbarung der Koalitionsfraktionen zur Übungsleiterpauschale haben die Koalitionsfraktionen ihre allerhöchste Wertschätzung für die ehrenamtliche Tätigkeit und die ehrenamtlich Tätigen in den vielen Übungsstunden in den vielen Sportvereinen ausgedrückt. Wir wissen, was wir an den Übungsleitern, aber auch an den Vereinsvorsitzenden und allen anderen im ehrenamtlichen Bereich haben. Wir schätzen sie und wüssten nicht, wie es im Sport ohne sie weitergehen sollte, wie wir den Betrieb aufrechterhalten sollten. Ohne Ehrenamtler geht es nicht. Ich darf allen ehrenamtlich Tätigen im Lande NRW den Dank der grünen Fraktion und wohl auch den Dank des gesamten hohen Hauses übermitteln. Er gilt den Ehrenamtlern, auch wenn ich dafür heute Abend keine Prokura habe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß, dass der Kürzungsvorschlag bei der Übungsleiterpauschale auch der Landesregierung nicht leicht gefallen ist, zumindest nicht so leicht wie der Opposition ihre Erhöhungsvorschläge, Frau Pieper-von Heiden. Man kann die Millionen nicht so einfach aus der Lameng hervorzaubern, wenn die Kassen leer sind. Wir zeigen Verantwortung für einen ausgeglichen Gesamthaushalt und brauchen uns doch in der Sportwelt nicht zu verstecken. Im Gegenteil: Alle Beteiligten haben sich für die Pauschale eingesetzt, auch die Oppositionsfraktionen. Es sind aber die Koalitionsfraktionen gewesen, die letztlich zusammen mit dem Landessportbund den Knoten durchschlagen haben.

Die Lösung ist beispielhaft für eine Reform unter schwierigsten finanziellen Rahmenbedingungen: mit weniger Geld bessere Ergebnisse erreichen. Es musste quasi eine Quadratur des Kreises erreicht werden. Das Gießkannenprinzip der Übungsleiterpauschale soll der Vergangenheit angehören. An seine Stelle soll ein System der Verteilung treten, das sich deutlich und im Wesentlichen auf Kinder und Jugendliche und tatsächlich

geleistete Übungsstunden bezieht. Natürlich dürfen Seniorensport und Gesundheitssport nicht hinten herunterfallen. Das haben wir aber schon vielfach diskutiert.

Damit erreichen wir, dass die Übungsleiterpauschale zielgerichteter gezahlt wird und auch mehr Geld dort ankommt, wo es am nötigsten ist, obwohl am Ende in der Summe - das will ich nicht verhehlen - weniger Geld verausgabt wird. Mit weniger Geld mehr erreichen, so reformieren wir Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den nächsten großen Schub für den Sport, für die Gesundheitserziehung wird das Konzept für die offene Ganztagsgrundschule bringen. Wir wollen mindestens ein Bewegungsangebot, eine Sportstunde pro Tag. Die bewegungsfreudige Schule, aufbauend auf dem bewegungsfreudigen Kindergarten, wird uns gesundheits- und sportpolitisch weiterbringen. Daran arbeiten wir.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- So kennen wir Sie. - Ich muss zugeben, auch mir fällt es schwer besonders die Kürzungen im Sportstättenbau hinnehmen zu müssen, obwohl der Sparbeitrag unter dem Strich weit geringer ist als in vielen anderen Bereichen anderer Einzelpläne. Denn ich weiß um die vielen Anträge auf Modernisierung, Erweiterung und Neubau von Sportstätten. Die Lösung kann aber nicht sein: Wir haben einen Antragsstau und wenig Mittel, also pauschalieren wir ein bisschen. Wenn das Wenige auch noch pauschaliert würde, gäben wir jede Möglichkeit in Gänze aus der Hand. Eine Pauschalierung kann nur dann in Frage kommen, wenn sie auskömmlich ist und dazu führt, dass die Kommunen mit dem Geld ---

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das sage ich doch!)

- Ja, aber Sie haben keine Deckung, Frau Pieper-von Heiden. Jetzt fangen Sie doch nicht wieder mit Ihren büttenartigen Zwischenrufen an! Das ist doch alles Quatsch! Wir haben das Geld für eine großartige Pauschalierung nicht. Gerade im Schulbaubereich haben wir im letzten Jahr die Mittel verdoppelt.

Wir gäben alle unsere Möglichkeiten aus der Hand. Das, was jetzt schon bei der Pauschalierung im Schulbau zu beobachten ist, darf nicht passieren: Die Pauschalierung führt dazu, dass die notwendigen Schulsportstätten nicht gebaut werden. Das können wir beobachten. Immerhin gehen dem Sport auf diese Art und Weise jedes

Jahr ca. 25 Millionen € verloren, die vor der Pauschalierung in den Sportstättenbau für Schulsportstätten investiert worden sind und damit auch den Sportvereinen und allen Sport treibenden Menschen im Lande zur Verfügung gestanden haben. Wenn wir diese Entwicklung beobachten, bin ich sehr skeptisch, ob eine Pauschalierung überhaupt angesagt ist und etwas bringt, selbst wenn wir das Volumen erreichen könnten, für das wir im Moment keine Deckung haben. Gleichzeitig müsste dann noch sichergestellt werden können, dass für überregionale Sportstätten weitere Projektmittel zur Verfügung stehen.

Es bleibt dabei: Beim Sportstättenbau braucht es auch in der Zukunft insbesondere angesichts Olympia Kraftanstrengungen, um die Bedingungen für Sporttreiben weiter zu verbessern. Mit Kraftanstrengungen kennen wir uns aus. Die Olympiabewerbung ist so eine Kraftanstrengung. Ich bin zuversichtlich, dass wir im April 2003 mit Düsseldorf - Rhein-Ruhr nationaler Bewerber für 2012 sein werden.

(Beifall bei der SPD)

Dafür wollen wir uns als Grüne zusammen mit dem Sportminister einsetzen, natürlich zusammen mit der SPD-Fraktion und hoffentlich auch weiter mit der Opposition in diesem Hause. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank. Herr Groth. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper, Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich insofern für die Debatte, als erfreulicherweise wieder einmal klar geworden ist, dass alle Fraktionen unsere Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele für das Jahr 2012 und die Paralympics, die untrennbar dazugehören, unterstützen und wir in diesem Punkt im Landtag wirklich einig sind. Das ist ein Wert, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann, weil wir sonst keine Chance hätten, wenn wir uns untereinander über dieses Ziel streiten würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sporthaushalt kann sich aus meiner Sicht wirklich sehen lassen. Das gilt für alle Teile. Fast alles, was wir haben, ist überrollt worden. Wir haben sogar eine zusätzliche Anstrengung unternommen, indem wir zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland im nächsten Jahr ein Jahr des

Hochschulsports veranstalten, das an sämtlichen Unis und Fachhochschulen unseres Landes stattfinden wird. Ein solches Jahr des Hochschulsports ist deswegen wichtig, weil hier eine Schnittstelle zwischen Breiten- und Leistungssport liegt. An unseren Hochschulen sind vielfach große Talente, die es verdienen, gefördert zu werden.

Auch der Sportstättenbau, meine Damen und Herren, ist mit über 21 Millionen €. wenn ich die kommunalen Sportstätten und die Sportstätten der Vereine zusammenrechne, ausgestattet. Auch dieses ist sicher eine Zahl, die sich sehen lassen kann. Im Jahr 2002 wurden im Sportstättenbau insgesamt 686 Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen aus unseren Haushalten finanziert - davon 351 kommunale Maßnahmen und 335 Vereinsmaßnahmen.

Da wir im kommenden Jahr in etwa den gleichen Bewilligungsrahmen zur Verfügung haben werden, werden es dann wieder so viele Sportstätten sein, die wir modernisieren, umbauen, erweitern oder neu bauen können. Darauf blicken andere mit Neid.

Was die Übungsleiterpauschale angeht, Frau Kollegin Ina Meise-Laukamp, so ist es mir völlig egal, wer sich diese Feder an den Hut heftet. Wichtig ist doch, dass es gelungen ist, diese 3 Millionen € zusätzlich zu mobilisieren und damit auch den Landessportbund dazu zu bewegen, eine weitere Million Euro dazuzugeben. Aus meiner Sicht ist fast ebenso wichtig, dass es gelungen ist, diese Mittel künftig noch zielgenauer auszugeben und zu bewirtschaften. Dies führt nämlich dazu, dass wir unseren Schwerpunkt "Kinder und Jugendliche" - also Arbeit für und mit Kindern und Jugendlichen - auch mit diesem Titel umsetzen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, den Wert dieser Übungsleiterpauschale kenne ich nun wirklich. Mein Sohn ist fünf Jahre alt und kickt bei Borussia Hohenlind/Lindenthal. Er ist in der so genannten Pampers-Liga. Das hört er nicht gerne, weil er keine Pampers mehr trägt. Die Begeisterung, die ich da Woche für Woche beim Training und bei den Spielen erlebe, ist durch nichts zu ersetzen. Wir wissen doch, dass unsere Übungsleiter eine ganz, ganz wichtige gesellschaftliche Arbeit leisten, die sicher mit dem, was sie an Vergütung bekommen, nicht hinreichend belohnt wird.

Wenn ich sehe, dass mein Sohn nach einer Niederlage von 1:6 im nächsten Spiel - einem schweren Auswärtsspiel bei Arminia 09 Zollstock - 11:0 gewinnt und zudem das erste Tor seiner Laufbahn schießt und er dann tagelang davon er-

zählt, dann sieht man doch, was diese Arbeit im Sportverein für die Kinder und Jugendlichen bringt.

Darum ist es so wichtig, dass wir die Mittel ganz zielgenau für diese Kinder und Jugendlichen einsetzen. und darüber bin ich sehr froh.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Pieper-von Heiden hat die Paralympics und den Behindertensport angesprochen. Liebe Frau Pieper-von Heiden, es gibt einen Sportsenator, der Ihrer Partei angehört. Es ist Herr Lange in Hamburg. Der hat auf der letzten Sportministerkonferenz durch seinen Staatsrat uns in Nordrhein-Westfalen gebeten, ihnen und allen Sportministern doch einmal ausführlich darüber zu berichten, was wir für den Behindertensport bei uns im Einzelnen tun.

Er hat das nicht deswegen verlangt, um das in Grund und Boden zu stampfen, wie Sie es hier immer gerne tun, sondern weil die anderen Länder davon lernen wollen, was wir für den Behindertensport in Nordrhein-Westfalen tun. Darauf können wir stolz sein. Das ist für mich ein Schwerpunkt unserer Arbeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind mitten in den Vorbereitungen - langsam wird es richtig spannend - in Richtung auf die Entscheidung um die deutsche Bewerberstadt für die olympischen Sommerspiele 2012. Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen, was ich, seit wir uns in diesen Bewerbungsprozess begeben haben, immer gesagt habe: Für uns ist das Wichtigste, dass die olympischen Sommerspiele 2012 nach Deutschland kommen. Genau aus diesem Grunde ist es so wichtig, als Bewerberstadt die Stadt und die Region auszuwählen, die im internationalen Bewerbungsprozess die größten Chancen haben. Wir glauben, dass das für Düsseldorf/Rhein-Ruhr gilt.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Weil wir die meisten Sportstätten schon jetzt haben, weil wir - wo andere Pläne zeigen müssen - die Besucher und das NOK zu funktionierenden Sportstätten führen können, ist das so. Ich denke an die Westfalahallen in Dortmund oder die Köln Arena oder das Reiterstadion in Aachen. Ich denke auch an die Kanuregattastrecke in Duisburg oder den Fühlinger See in Köln. Alle diese Sportstätten sind bereits vorhanden, und die, die wir noch brauchen, bauen wir in aller Regel olympiaunabhängig - wie beispielsweise das Hockeysta-

dion in Mönchengladbach oder das Schwimmstadion in Essen.

Das alles sind Investitionen in unsere Zukunft, weil sie deutlich machen: Nordrhein-Westfalen und insbesondere die Rhein-Ruhr-Region sind eine Weltmetropole des Sports.

Meine Damen und Herren, wenn ich aufzählte, welche Sportereignisse bei uns in den letzten Jahren stattgefunden haben und in den nächsten Jahren stattfinden werden, dann ist das wie ein Who is who durch die olympischen Sportarten. Ich will das hier gar nicht im Einzelnen tun, aber gleichwohl an die Europameisterschaften im Bahnradfahren in Neuss-Büttgen erinnern. Gleiches gilt für die ersten beiden Etappen im diesjährigen Giro d'Italia in Münster und in Köln oder die Weltmeisterschaft im Volleyball der Frauen bzw. die deutschen Meisterschaften im Schwimmen in Warendorf oder der Leichtathletik in Bochum-Wattenscheid.

Ich möchte nur sagen, was wir alles in den nächsten Jahren in der Region Düsseldorf /Rhein-Ruhr veranstalten werden, nämlich beispielsweise die Weltmeisterschaft im Feldhockey in Mönchengladbach im Jahre 2006, die Weltreiterspiele in Aachen im Jahre 2006,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die Eiskunstlaufweltmeisterschaft in Dortmund im Jahre 2005 und die Kanuweltmeisterschaft in Duisburg im Jahre 2007. Die Fußballweltmeisterschaft hätten wir in den bestehenden Stadien in Nordrhein-Westfalen alleine ausrichten können. Wir waren aber so generös, einige Spiele woanders stattfinden zu lassen. Aber auch in diesem Bereich sind wir in Nordrhein-Westfalen führend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind das Sportland in der Bundesrepublik Deutschland. Wir stehen zum Sport und arbeiten für den Sport. Deswegen freue ich mich über die Einigkeit in diesem Bereich in unserem Sportausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir die Beratungen zum Einzelplan 14 abschließen können.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 14** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3314**. Wer dieser Be-

schlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 6** auf:

Stellenpläne

Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Palmen das Wort.

Manfred Palmen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben an sich nur einen kleinen Punkt, der nach unserer Auffassung allerdings eine große Auswirkung auf den Personalkörper des Landes Nordrhein-Westfalen hat. Wir haben 323.000 Stellen, auf denen mehr als 435.000 Personen ihre Arbeit leisten. In diesem Rahmen haben wir eine Situation, die durch einen Änderungsantrag der Koalition im Unterausschuss Personal nach unserer Auffassung so nicht mehr vertretbar ist. Das Stichwort lautet Beförderungssperre.

Die bisherige Situation war so, dass die budgetierten Ministerien keiner Beförderungssperre, alle anderen Stellen aber einer Beförderungssperre von 12 Monaten unterlagen. Mit dem Änderungsantrag soll nun, entgegen dem Vorschlag der Landesregierung, Herr Minister, die gesagt hat, wenn die Beförderungssperre auf 18 Monate ausgedehnt wird, dann müssen die budgetierenden Häuser eine sechsmonatige Beförderungssperre akzeptieren, den budgetierenden Häusern keine Beförderungssperre auferlegt werden. Dies wird folgendermaßen begründet:

Wenn die budgetierenden Häuser für die Bewirtschaftung solcher Beförderungen verantwortlich sind, dann sollte man ihnen nicht die Möglichkeit entziehen, das sofort zu tun. Es geht um etwa 3.000 Planstellen bei den budgetierenden Häusern, bei denen sofort Beförderungen durchgeführt werden können. Daneben gibt es 320.000 Planstellen in den nicht budgetierenden Häusern, wobei ich das eigentlich auf die 255.000 Beamtenstellen beschränken müsste. Die auf diesen Stellen sitzenden Beschäftigten können erst nach 18 Monaten befördert werden.

Wir halten dies für ungerecht und unsozial. Wer Angestellter ist, hat sofort einen Rechtsanspruch auf eine entsprechende Höhergruppierung nach BAT. Alle Beamten müssen hingegen warten. Das kann nicht Sinn der Sache sein. Sogar die Landesregierung ist dieser Auffassung. Wir schlagen deshalb vor - das haben wir auch beantragt -, das

zu ändern. Wenn Opfer gebracht werden müssen, dann müssen alle Opfer bringen, und zwar auch die durch Zufall in den budgetierenden Häusern Arbeitenden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Palmen. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Palmen, ich gebe zu, ich bin ein bisschen erstaunt, dass das aus Ihrer Sicht der einzige Aspekt der heutigen Debatte ist. Ich bin dezidiert - das habe ich bereits im Ausschuss gesagt - anderer Auffassung, weil wir in der Arbeitsgruppe, die wir im Ausschuss für Haushalt und Finanzen auf Anregung Ihrer Fraktion gemeinsam implementiert haben, um darüber nachzudenken, wie wir künftig das Haushaltsrecht weiterentwickeln können, den Ansatz gewählt haben - Herr Kollege, ich fände es schön, wenn Sie zuhören würden; ich möchte mich insbesondere an Sie wenden;

(Zuruf von der SPD: Möchte er nicht!)

er möchte nicht; ich sage das trotzdem, denn ich weiß, Sie legen auch immer Wert darauf, dass man ihnen zuhört -, dass gerade die Ressorts ausgenommen werden sollen, die bereit waren, sich auf die Personalkostenbudgetierung per Modellversuch einzulassen und hierdurch einen höheren Aufwand, auch persönlicher Art, hatten. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass wir vor dem Hintergrund, dass wir das ganze Modell weiterentwickeln und stärken wollen, gerade diese mit einer Strafe belegen, indem wir ihnen wie allen anderen eine Beförderungssperre auferlegen. Deshalb haben wir an dieser Stelle ausdrücklich gesagt: Es ist für uns keine Ungleichbehandlung, sondern ein bewusster Anreiz, der sachlogisch damit zu tun hat, dass die Beförderungen selbst erwirtschaftet werden. Diese Flexibilität muss man diesen Bereichen lassen.

Deshalb stehen wir an dieser Stelle gemeinsam mit dem Koalitionspartner zu diesem Ansatz. Ich halte diesen Ansatz nicht für ungerecht.

Meine Damen und Herren, ich möchte es ebenfalls kurz machen. Wir wollen den Konsolidierungskurs, den wir vor einigen Jahren begonnen haben und der immer wieder Prioritäten setzt, fortsetzen. Für uns liegt die erste Priorität im Bereich Schule und Bildung, dem Ausbau der Ganztagschulen. Das gehört in die fachpolitische Debatte. Seit mehreren Jahren liegt uns aber auch